

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

57. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfl., monatlich 22 Pfl., ohne Postbefreiung. Nur Postbesug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 6. November 1919

Einzelnenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkts- und Todesanzeigen 20 Pfl., die übrigen je nach Art und Inhalt. — Verkaufs- und alle sonstigen Reklamationsanzeigen 60 Pfl. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 129

Bekanntmachung

Die zehnte (ordentliche) Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker findet im Laufe des Monats Mai 1920 in Leipzig statt.

Etwaige Anträge sind bis zum

15. Februar 1920

bei dem Unterzeichneten einzureichen, damit deren Veröffentlichung statutenmäßig mindestens acht Wochen vor dem Zusammentritt der Generalversammlung erfolgen kann. Später eingehende Anträge können keine Berücksichtigung finden.

Der Verbandsvorstand.

Die Not des Tages

Die Lebensmittelpreise sind in den letzten Monaten wieder in die Höhe gegangen, so erklärte Reichswirtschaftsminister Schmidt in der Sitzung vom 27. Oktober der Deutschen Nationalversammlung. Auch ohne diese regierungsseitige Feststellung hat ein jeder die betrübende Wahrnehmung machen müssen, daß sich die Preise für Lebensmittel in kräftig aufsteigender Linie bewegen. Es ist aber hinauszufügen, daß nicht nur die Lebensmittel ständig teurer geworden sind, sondern alles, was zum menschlichen Leben gehört. Der Monat Oktober hat wohl in dieser Beziehung den Rekord geschlagen. Dazu kommen die neuen Erhöhungen der Eisenbahnfahrpreise, vielfach auch der Straßenbahnen, der Postlöhne, sorgfältig neue Steuern und Einkhebungen neuer Steuertermine, wovon die große Masse des Volkes am härtesten betroffen wird. Für Anfang des kommenden Jahres wird sogar eine weitere Versteuerung des Eisenbahnfahrens um 30—50 Proz. in Aussicht gestellt, d. h. schonend angekündigt, um bestimmt zu kommen.

Der Kohlen- und damit in Verbindung der Gaspreises haben wiederum bedeutende Erhöhungen erfahren; jeder kleine im Haushalte notwendige Gegenstand hat heute einen Verkaufspreis, der teilweise zehn- bis zwanzigmal höher ist als vor und während des Krieges.

Aber die grauenerregende Teuerung für Garderobe, Mäde und Schuhe ist im „Korr.“ genügend geschrieben, so daß sich eine Wiederholung erübrigt. Diese Sachen haben jetzt einen geradezu schwindelhaften Preis erklimmt, so daß es dem Arbeiter und Angestellten unmöglich ist, diese Gegenstände zu kaufen. Das Vorhandene wird aber aufgetragen und ist schon aufgetragen, und der Zeitpunkt ist nahe, wo ein großer Teil der deutschen Bevölkerung zerlumpt umherläuft. Wir befinden uns in einem Stadium der Verelendung breiter Volksschichten!

Das ist die Folge des Krieges, die Frucht von dem, was die Regierung wilhelmischen Angedenkens dem deutschen Volke beschert hat. Ein „Stahlbad“ sollte der Krieg für uns sein — ein Schlammbad ist er geworden. Aus dem Schmutz und Dreck ist vorläufig nicht herauszukommen. Im Gegenteil! Die Not des Tages wächst laminarartig an, wird immer größer und schlimmer.

Wohl gibt es Nahrungsmittel zu kaufen, jedoch zu Preisen, die sich nur Besserküchler leisten können. Der Wucher- und Schieberhandel sorgt schon dafür. Die rationierten Lebensmittel, die bei weitem zum Lebensunterhalt ungenügend sind, die infolge der Schiebererei nur sehr mangelhaft zu haben sind, haben im Oktober wieder eine preissteigende Tendenz erfahren. Ich erinnere nur an Brot, Margarine, Fett und Zucker. Die Kartoffel ist heute teurer als früher ein Apfel! Dabei weigern sich die Bauern, dieses zum Leben notwendige Nahrungsmittel zu dem letztenlebenshöchsten Preis zu liefern. Die Großstädte befinden sich in einer großen Kartoffelnot, die, wenn keine Abhilfe geschaffen wird, zur Katastrophe führen muß. Lediglich im Schleichhandel für 15—20 Mk. pro Zentner sind Kartoffeln zu haben. Es wäre noch vieles anzuführen, um die Not des Tages darzutun. Doch soll es hiermit für heute sein Bewenden haben. Schon ist im „Korr.“ Oeflagles soll vermieden werden zu wiederholen.

Nun entsteht die Frage: Ist die Arbeiterschaft, sind wir Buchdruckergehilfen unter diesen enormen Teuerungsvhältnissen in der Lage, uns und unsere Familienangehörigen bei den jetzigen Einkommensverhältnissen durchzubringen? Die Antwort darauf ist nicht schwer. Als am 1. Oktober die Teuerungszulagen um 6, 8, 10, 12 Mk. erhöht wurden, ist keine Befriedigung über das Gewährte bei uns zu verzeichnen gewesen, konnte es auch nicht, da Verdienst und Ausgaben in gar keinem Verhältnis zueinander stehen. Doch begien die Kollegen die stille Hoffnung, daß der Höchststand der Teuerung erreicht sei und eine Senkung der Preise nach und nach eintreten würde. Das Gegenteil ist eingetreten! Wie das Quodlibet an heißen Tagen, so steigen die Preise für des Leibes Notdurft und Nahrung. Ein Ende ist nicht abzuleben.

Aus diesen Zuständen müssen wir heraus! Und das kann bei uns nur geschehen, indem die deutsche Buchdruckergehilfenchaft die einmütige Forderung erhebt: Bedeutende Erhöhung des Lohnes, und zwar ohne Unterchied in der Höhe für Stadt und Provinz, ob ledig oder verheiratet. Ohne Staffelung, ohne Unterchied muß ein erhöhter Lohn verlangt werden, denn dadurch wird keine Uneinigkeit in den Reihen der Kollegen Platz greifen können.

Nicht Sucht nach Antrieben im Gewerbe ist es, was uns zwingt, erhöhte Lohnforderungen zu stellen —, die 27jährige friedliche Lohnpolitik des Verbandes der Deutschen Buchdrucker bürgt dafür —, sondern die Not des Tages treibt uns dazu. Die Tarifausschubhütung im August hat den Prinzipalen bekanntlich das Recht zugesprochen, daß, falls die Lebensmittel um mindestens 10 Proz. im Preise fallen, sie den Antrag auf Abbau der Teuerungszulage beim Tarifamt stellen können. Dasselbe Recht ist den Gehilfen zuerkannt worden, falls sich die Preise im umgekehrten Verhältnis entwickeln. Dieses ist eingetreten; leider schneller und stärker, als selbst pessimisten angenommen haben.

Wenn wir heute mehr Lohn fordern, so beschreiten wir also einen ganz lokalen Weg. Auf diesen Weg wollen wir uns einmütig begeben: im tarifrechtlichen Rahmen, unter Wahrung der gewerkschaftlichen Disziplin und in zentraler Geschlossenheit. Alle Kollegen müssen umgehend Stellung zu dieser Frage nehmen und in Massenversammlungen die Forderung erheben: mehr Lohn!

Hannover.

Fr. Hartung.

Rückblick und Ausblick

Die Resultate der Tarifausschubhütung im August konnten nirgends befriedigen, steigen doch die Preise für alle Bedarfsartikel zulebends, dabei die Entfristung auch derer herausfordernd, deren ganzes Fühlen und Denken nur schwer aus dem Gleichgewichte zu bringen ist. Oh, könnten wir doch die gute, alte Zeit juristrieren, wo wir uns wenigstens lasteten konnten! Daran ist ja schon lange nicht mehr zu denken; es sei denn, wir lassen unser liebes Vaterland ein wenig im Stich, um anderswo die aufgefürmten Herrlichkeiten in den Läden der Fleischer und sonstiger Verkäufer vor unsern erstaunten Blicken ausgebreitet zu sehen, wo alles ohne Marken und dabei in bester Qualität zu kaufen ist. Diese glückselige Wahrnehmung grenzt dann an ein Wunder, denn von Wucherpreisen und dem sippigen Schleichhandel verpürt man dort nicht viel —, fast alles wie früher, nur hier bei uns hat sich so vieles zu unsern Ungunsten umgekehrt. Die idealen Vorteile, so der Achtsfundentag, wollen sich dabei als Wohlthat nicht so recht durchdringen, denn wo anders ist ja derselbe auch anzutreffen, wie die Berichterstattung von der Luzerner Tagung erkennen ließ. Wir sind halt zu sehr auf den materiellen Gewinn eingeschwooren, und die Magenfrage, die zugleich eine tarifliche ist, muß in erster Linie Befriedigung finden. Dabei ist die Erregung, die sich der Gelamtegehilfenchaft bemächtigt hat ob des spärlichen Gewinns der letzten Tagung des Tarifausschusses nur zu sehr verständlich.

Dabei befinden wir es als ein schlimmes Symptom, die ihrer Pflicht doch wirklich stets bewußt gewesenen Gehilfenvertreter für das unzureichende Ergebnis verantwortlich zu machen. Man diktiert ihnen einfach die Redezeit! Eine ganze Stunde wird von starkbedrückten Versammlungen gnädigst zugestanden! Soweit mußte es also kommen unter dieser Art „Diktatur des Proletariats“.

Man verlangt mehr Selbstbestimmungsrecht, will erst abklammern über den vereinbarten Tarifvertrag, welches Recht dann auch die Prinzipale hätten. Hat man das alles genau bedacht? Käme dann wohl überhaupt ein Vertrag zustande? Jedenfalls keiner, der unsere Befriedigung fände. Diese Art von Demokratie bestand nämlich schon einmal: die Vororte der Tarifhülle bestanden über Annahme oder Ablehnung des vereinbarten Tarifs, ohne an dem Sabat etwas ändern zu können, da die Großstädte die sogenannte Provinz gegen sich hatten, die schließlich froh war, daß eine Vereinbarung ermöglicht wurde, wenn solche auch ein noch so minimales Aussehen hatte, indem das letzte Tarifgebäude eben erst allmählich auf den gegenwärtigen Stand zu bringen war. Laßt uns das nicht vergessen! Mit dem „Abbau“ dieser Errungenchaften wäre es schnell geliehen — ein paar kräftige Stöße und der Schutthaulen von 1892 bis 1896 wäre wieder fertig. Daran möchte die heutige Generation nicht erinnert sein. Soll doch sogar von unsrer Bewegung 1891/92 nicht mehr geredet werden, obwohl ein solches Menehkel in kritischen Augenblicken von heilamer Wirkung sich erweisen kann.

Laßt uns nicht einreihen, sondern weiterbauen auf den bewährten Grundmauern unsrer Tariferrungenchaft! Daß es eine solche ist, beweist schon die Tatsache, daß alle andern Gewerbe unsern Wegen gefolgt sind, wogegen wir uns noch heute fehr behalt der erorterten Feindchaft erinnern, deren wir früher als Vertreter der Buchdrucker bei Propagierung der Tarifgemeinschaftsidee in Gewerkschaftskartellen mehrerer Städte ausgekehrt gewesen sind. Wir lieben Ordnung im Gewerbe, weil wir nur im Frieden gehen können. Das sollte auch der bessere Teil unsrer Unternehmer einsehen und danach trachten, unser berechtigten Wünschen weniger Widerstand entgegenzusetzen.

Die ganzen Zeitverhältnisse sind der Arbeitsweise in den einzelnen Druckereien nicht gerade günstig; es wird viel geklagt über das zeitweilige Fehlen der notwendigen Gebrauchsartikel, denn oft sind kaum Schüre aufzutreiben, dann bapert es mit dem Wachsmaterial für die Hände, Formen und Walzen, wobei es oft den Anschein gewinnt, als ob es mit dem Bestellen daw. Heranzuholen dieser Sachen nicht so eilig wäre, worunter die wünschenswerte Aufrechterhaltung der Betriebe allerdings zu leiden beginnt. Mit dem ungenügenden Selungsmaterial müssen wir uns abzufinden trachten wegen der Westkohlenkatastrophe. Wo nichts zu holen ist, da unterdrücken sich etwelche Wünsche ganz von selbst, doch das Nötigste muß beschafft werden. Auch auf die hughenlichen Erfordernisse muß unser Augenmerk gerichtet bleiben. Mit einem Wort: Unse „Betriebsräte“ (Vertrauensmänner) müssen kräftiger als bisher eingreifen, indem sie die Wünsche der Kollegen zu erfüllen suchen — mit einem Worte: sie sollen ständig nach dem Rechten sehen!

Der magere Ausfall der letzten Teuerungszulage ließ manchem Kollegenkreise die Hoffnung auf Steigerung des Lokalaufschlags. Wir in unsrer 300000 Bewohner zählenden Stadt sind davon ausgeschlossen, weil wir den „Höchstmaß“ von ganzen 12 $\frac{1}{2}$ Proz. schon vor ell Jahren erreichten, wir befinden uns nach dem famolen Reichsbeschlussesgleich in Klasse C. In dieser selben Serovisklasse sind noch mehrere Städte unsrer Tarifkreises, und zwar mit 2 $\frac{1}{2}$, 5, 7 $\frac{1}{2}$ und 10 Proz. Lokalaufschlag. Daraus dürfte hervorgehen, daß auf diesem Terrain, wo die Großstadt von 300000 mit der Kleinstadt von 5000 Einwohnern in ein und derselben Serovisklasse rangiert, an einen gerechten Ausgleich nicht zu denken ist.

Daher erwarten wir von unsrer Regierung, daß sie die Initiative zu einem Vorgehen auf der ganzen Linie ergreift, um unsre Lebenslage recht bald einer erheblichen Verbesserung entgegenzuführen!

Magdeburg.

E. K.

Endlich!

Es ist wirklich die höchste Zeit, daß sich die Berufs-kollegen endlich einmal mit der durch nichts zu rechtfertigenden Staffelung der Teuerungszulagen an die über Minimum Entlohnungen beschließen. Deshalb begrüße ich den Artikel in Nr. 123 von Kollegen gk. (Leipzig) und hoffe, daß durch eine weitgehende Stellungnahme seitens der Kollegenschaft in dieser fleischschneidenden wichtigen Lebensfrage der Stein ins Rollen gebracht wird, damit unsre bewährten Gehilfenvertreter bei nächster Gelegenheit diese Säuren aus der Welt schaffen können.

In ein Abbauen der Leertingungsalogen ist ja bei dem gegenwärtigen ungenügenden Verhältnissen auf wirtschaftlichem Gebiete gar nicht zu denken. Infolgedessen läßt sich durch schnelles Handeln in dieser allgemeinen als ungerade empfundenen Angelegenheit wenigstens noch zum Teil Verwundenes wieder gutmachen.

Von welchen Gesichtspunkten aus den Unternehmern diese Mindestlöhne auszuwirken werden ist, ungeachtet der allgemeinen Kenntnis. (Es geht, wenn dem geringen Zahlen am besten zu helfen. 2eb.) Ich meine aber, wenn die wirtschaftliche Lage bereits ungünstig ist, daß zur Befreiung der unbedingt notwendigen Lebensbedürfnisse außerordentliche Mittel angewendet werden müssen, dann soll man nicht auf der einen Seite stehen, um auf der anderen wieder zu kürzen.

Der Unternehmer zahlt doch nicht etwa nur seinem Mitarbeiter etwas über Minimum, sondern verlangt dafür entsprechende Gegenleistung. Es ist nun z. B. die Arbeiter, welche für ihre berufliche Weiterbildung teilweise hohe Nebenabgaben zu machen und durch ihr Verdienststreben das Minimum auf diese Weise etwas in die Höhe gebracht haben, sich im Nachteile befinden gegenüber denen, die zum Mindestlohn beschäftigt sind, und deren Reiben aus mehr noch in jüngeren Jahren haben und keinen eigenen Schicksal führenden Kollegen sich zusammenziehen? Soll die erhöhte Arbeitsleistung, die in Spezialbetrieben, als Teilungsdruckereien usw., verlangt wird und insbesondere eine bessere Bezahlung bedingt, durch die Einstellung der Leertingungsalogen dem Unternehmer auf die Dauer doppelten Vorteil bringen? Behandelt etwa der Prinzipal seine Kundenschaft ebenfalls unbillig, wenn bei Berechnung der Leertingungsalogen auf die Druckkosten, und ist er nicht genug entschädigt für das, was er gewonnen hat an Lohn mehr aufzuwenden?

Wenn nun diejenigen, die unter dieser Härte leiden, mit ihren Arbeitsleistungen zurückbleiben würden als Gegenmaßnahme? Ich möchte die Entscheidung hören, die im Lager der Prinzipale daraufhin entstehen würde!

Ich will gern glauben, daß trotzdem einlässliche Unternehmer von der Einstellung der Leertingungsalogen keinen Gebrauch machen und außerdem durch Gewährung von Sonderbehalten die Notlage der Gehilfen zu mildern suchen.

Gerade wir Buchdruckergehilfen sind durch unsere „Nammesgebild“ während des Krieges andern Berufs gegenüber atg in Nachteil gekommen, so daß es am Platze ist, unsre berechtigten Wünsche mit noch mehr Nachdruck zu vertreten. Ich vernehne durchaus nicht die mitunter schwerliche Aufgabe, vor welche unsre Gehilfenvertreter bei Erlangung wirtschaftlicher Zusicherungen gestellt sind, doch durch Schaffung derartiger Ausgleichsbeiträge auf Kosten eines Teiles der Kollegenschaft wird ohne weiteres berechtigtes Mitleid erzeugt.

Deshalb fort mit diesem ungerechten System! Die Nachteile sind dazu bewußt, die ein enorm erhöhtes Auskommen für den gesamten Lebensunterhalt wenigstens etwas auszugleichen. Es ist aber verfehlt, wenn man sie dazu benutzt, die durch intensive Arbeitsleistung erzielten höheren Einnahmen auf das Mindestmaß herunterzudrücken.

Dresden.

-ah.

Nochmals: Härten

Über Leser des Artikels „Härten“ in Nr. 123 des „Korr.“ wird dem Leipziger Kollegen gk. als Verfasser seiner Zeilen vollumf. recht geben. Alle qualifizierten Arbeiter in unsemr Beruf, gleichviel ob Weber, Drucker, Rotations-, Maschinenleger, Korrektor oder sonst etwas, sind durch die Tarifausgleichsbeschlüsse während des Krieges sehr zurückgefallen. Es ist z. B. nicht verständlich, wieso der Prinzipal das Recht bekommt, bei allen Arbeiten, also auch denen des qualifizierten und deshalb leistungsfähigeren Arbeiters, dieselbe Leertingungsaloge anzuklagen, während der betreffende Arbeiter davon weniger bekommt. Oder will man behaupten, daß bei Berechnung der Leertingungsalogen auf Druckarbeiten auf die weitaus geringere Leertingungsaloge der qualifizierten Arbeiter Rücksicht genommen wird?

Es ist zu wünschen, daß von unsern Gehilfenvertretern diese Korrekturen, die den Unternehmern während des Krieges gemacht wurden, reiflich rückgängig gemacht werden. Denjenigen unsemr Berufsgehilfen, die sich vor dem Kriege nicht nur auf Grund qualifizierter Arbeit, sondern auch durch persönliche Verdienste zu einem höheren Lohnniveau hinaufgeschwungen haben, hat man Glück für Glück ihres Ertragens genommen, ohne daß man sagen kann, daß die Mindereinnahmen dadurch etwas gewonnen hätten. Ist ein solcher Kollege noch im Felde gewesen, so ist es ihm noch viel schlimmer ergangen, da er keine Gelegenheit hatte, seine Interessen in dieser Beziehung zu wahren und bei keiner Rückkehr (namentlich, wenn er die Kondition wechseln mußte) den Lohn neuem mühte, den man ihm bot; zumal bei der anfänglichen großen Arbeitslosigkeit nicht an eine Auswahl der Stellung zu denken war.

„Selbst ist der Mann!“, könnte man kürzlich in einem Artikel lesen. Ganz recht! Aber der Mut wird vielen genommen, wenn man diese selbst erzeugten Vorteile vollständig wieder verloren gehen sieht. Ich will den Gehilfenvertretern keinen Vorwurf machen, ich hätte und würdige ihren schweren Stand bei solchen Verhandlungen, aber es tut nicht gut, wenn solche einseitige Festsetzungen erfolgen. Wer vor dem Kriege 10 Proz. über Minimum verdiente, muß sie doch heute genau so haben! Die unbedingte und sehr bald notwendige neue Taugung des Tarifausgleichs muß hier die dringend erforderliche Vertragsarbeit vornehmen und auch eine dem jetzigen Ertragsniveau Leertingungsstande weit mehr gerecht werdende Gesamtlöhnerhöhung bringen.

Freiburg i. Br.

Emil Kallenbach.

Und nochmals: Härten

Die beiden Artikel „Akhorbarkeit“ und „Härten“ in Nr. 123 vom 23. Oktober sind mir und ich glaube allen berechtigenden Kollegen wie aus dem Herzen gesprochen.

Im letzteren Artikel wird mit Recht die Abrechnung der Leertingungsberechnung nach unten bzw. nach oben bemängelt. Der Zuschlag von 10 Proz., der am 19. Dezember 1918 auf den Tarifpreis für Zusatzen bei Einführung der achtstündigen Arbeitszeit beschloffen wurde, war ein Rückschritt für den Berechner, wie bisher noch keiner erfolgte. Dieser Beschluß des Tarifausgleichs erübrigte sich durch das Gesetz vom 9. November 1918, wonach der volle Lohn zu zahlen ist, trotz Ausfalls einer Arbeitsstunde. Jeder wird für diesen Ausfall einen Zuschlag von 12% Proz. herausrechnen, der ohne weiteres und ohne Beschluß des Tarifausgleichs vom Tage der Einführung des achtstündigen Lohni Gesetz bezahlt werden mußte. Warum die Komödie des Zuschlags von 10 Proz. am 14. Dezember 1918?

Dadurch verlor der Berechner pro Arbeitstag 2% Proz. seines früher verdienten Lohnes. Rechnet sich einmal ein jeder Berechner aus, was er bis heute durch diesen Beschluß verlor, er wird klammern, welche Härte diese 2% Proz. erzielte haben.

Es muß verlangt werden, daß die Interessen der berechtigenden Weber künftig im Tarifausgleich besser und sachmännlicher gewahrt werden. Wir können für unsere haltende Arbeitsweise überhaupt einen besonderen Nachschlag gebrauchen. Da vorberhand die Akhorbarkeit doch noch nicht zu befehlen sein wird, müssen wir eine angemessenere Entlohnung oder gesündere Arbeitsweise verlangen.

Bonn.

A. R.

Druckerfragen

Es wurde im „Korr.“ schon von verschiedenen Kollegen der Vorschlag gemacht, bei den nächsten Tarifverhandlungen von der Prinzipalität ein Wäsche bzw. Puzgeld zu verlangen. Wenn man berücksichtigt, wie die Kleider der Drucker einerseits durch die schmutzige Arbeit und andererseits durch das Waschen mit den scharfen, die Stoffe zerstörenden Walmitteln in Mitleidenschaft gezogen werden, so muß man dem Antrage zwecks Gewährung einer solchen Entschädigung beitreten, zumal ein neuer Arbeitsanfang lebt 100 Mk. kostet.

Nach meinem Dafürhalten ist mit der Gewährung dieses Wäsche- bzw. Puzgeldes den Druckern aber nicht ganz gedient; es sind viel schwerere Sorgen, die uns drücken. Sehen wir uns doch einmal die Arbeitslosigkeit in unserm Beruf an. Da muß man selber immer wieder konstataren, daß es untre Sparte ist, welche verhältnismäßig am stärksten befallen ist. Als eine Ursache dieses Zustandes muß man zunächst die Leertingungsaloge (Kata), wie dieselbe für uns Drucker besteht, ansehen. Auf der einen Seite gewährt man Begünstigungen hinsichtlich der Einstellung von Lehrlingen, während auf der anderen Seite die fortschreitende Technik immer wieder neue Maschinen erfordert, welche die alten Systeme an Leistungsfähigkeit bedeutend übertrifft und die Arbeitskraft des Mannes immer mehr ausschalten. Das diese beiden Momente: Leertingungskata und technische Verbesserungen, die Arbeitslosigkeit begünstigen, leuchtet doch jedem ein.

Als letzterzeit die Schmalzmaschinen ihren Einzug in die Druckereien hielten, war es der Verband, der sich bei Neuerung angelegenlich angenommen hat. Ausschleußend von dem Gesichtspunkte, die Arbeitslosigkeit unter dem Handfeger nicht überhandnehmen zu lassen, ferner aber auch, um den Fortschritt in der Technik auch den Arbeitnehmern zugute kommen zu lassen, schuf er das erhöhte Maschinenlehnerminimum. Liegen die Verhältnisse bei uns Druckern nicht ebenso? Werden nicht fast in jeder Nummer unserer Fachzeitschriften neue Maschinentypen angepriesen, welche die Arbeitsweise vereinfachen, die Leistungsfähigkeit erhöhen und so den Unternehmern Vorteile bringen? Von all diesen Neuerungen hat der Drucker nur den „Vorteil“, daß, wenn er nicht arbeitslos wird, an sein Können noch höhere Anforderungen gestellt werden, als es bisher schon der Fall war. Es ist doch eine alte Tatsache, daß mit der Leistungsfähigkeit einer Maschine auch die Anforderungen an das technische Können des Arbeiters wachsen. Außerdem hat er noch eine größere Verantwortung, damit das Kapital, das der Arbeitgeber ihm in Gestalt dieser teuren Maschine übergibt, keinen Schaden leidet; dafür doch der Drucker auf Karl außer ihr die sachgemäße Einstellung der ihm übertragenden Druckausfälle noch für die ordnungsgemäße Behandlung der ihm übergebenen Druckmaschinen.

Was kann nun geschehen, um die Drucker entsprechend ihren Leistungen und ihrer Verantwortung zu entschädigen? Es ist mir ein Vorschlag gekommen: Jeder Drucker hat außer dem veralteten Minimum noch eine prozentual auf den Wert der von ihm bedienten Maschinen berechnete Maschinenzulage zu beanspruchen! Beispiel: Der Wert der zu bedienten Maschine beträgt 10000 Mk. Setzt man nun den Satz mit 2% Proz. fest, so hat der Drucker außer dem Minimum noch eine jährliche Maschinenzulage von 250 Mk., also wöchentlich rund 5 Mk., zu fordern. Würde sich der Maschinenwert noch höher stellen und die Verantwortung somit eine größere sein, so wäre auch die zu leistende Maschinenzulage zu erhöhen. Wie weit der Prozentsatz bei kleineren Maschinenwerten erhöht, bei größeren dagegen herabgesetzt werden muß, wird dann die Praxis lehren. Auf diese Weise könnte eine gerechte Entlohnung je nach Leistung und Fähigkeit des Druckers erfolgen. Auf der anderen Seite aber würde

dem Zweimachmaschinen ein Kugel vorgeschoben und so zur Leichtigkeit der Arbeitslosigkeit mit beigegeben.

Wellecht wird dieser Vorschlag von demselben Seite auf seine praktische Durchführbarkeit geprüft und bei passender Gelegenheit verwendet.

Gena.

-1.

Korrespondenzen

Barmen. Nachdem die hiesigen Barmen Kollegen folgend, wurde hier am 28. September im „Gewerkschaftshaus“ die Gründung eines Barmen Maschinenmeistervereins vorgenommen. Der seit 1900 bestehende Maschinenmeisterverein „Müppertal“, der seinen Sitz in Oberfeld hatte, erlosch damit nicht mehr, an dessen Stelle sind die beiden Vereine „Oberfeld“ und „Barmen“ getreten. Die immer schwieriger werdenden Verkehrsverhältnisse sowie andre Gründe zwangen bei dieser Maßnahme, die auch im Interesse der Spartenbewegung liegt, da die Zahl der spezialorganisierten Kollegen beträchtlich steigen wird. Wir hoffen nun alle noch fernstehenden Barmen Maschinenmeister, sich ihrer Spartenvereinsangehörigkeit anzuschließen.

Fr. Werten. Der Hauptpunkt der Tagesordnung der Monatsversammlung am 27. September bildete die Aussprache über die ab 1. Oktober zu zahlenden neuen Leertingungsalogen. Da uns bisher von unserm Gewerkschaftsamt kein Bericht über die Tarifausgleichsbeschlüsse vorliegt, mußten wir uns nur mit dem abfinden, was darüber im „Korr.“ gestanden. Wenn auch die geleistete Arbeit und der schwere Stand unser Vertreter während der Berliner Tagung vollständig anerkannt wurde, waren die Kollegen doch darüber erbittert, daß in den Leertingungsalogen wieder ein Unterschied zwischen Großstadt und Provinz gemacht wurde, da die Leertingung dort überall gleich ist. Ein großes Beispiel hierfür zeigt sich bei uns zwischen Dresden-Bismarckwerda-Bautzen, nach der Statistik von 1918, trotzdem diese Orte eine beider liegen. Obendrein greifen uns die paar Leertingungsmittel, die wir hier vielleicht früher erhalten dürften, von gewissenlosen Wirtschaftlern aus der Großstadt weggeholt. Außerdem wird durch diese Einstellung noch der Schmalzkontrollkurs der Provinz gegen die Großstadt Vorwurf gemacht. Weiter wurde über die Kritik an der Stellung der Veröffentlicher des Deutschen Buchdruckervereins in den Zeitungen geäußert, wozu infolge der „Arbeitslosen“ Lohnzulagen die Druckpreise erhöht werden müßten. Dies ist eine Verleumdung des Publikums, das sich bei den Wahlen der Buchdrucker ganz falsche Vorstellungen machte. Dem Veröffentlicher wurde eine Erklärung mit Sachverständigen zu den in diesem Vierteljahr zu veröffentlichen Vorträgen und Leertingungen einzuweisen. Den Einwendungen nach zu urteilen, bringen die Kollegen den Vorträgen reines Interesse entgegen. Nach einer weiteren kurzen Aussprache wurde die Versammlung geschlossen.

Berlin. Am 1. November begann in voller Richtigkeit das Fische der Korrektor Robert Grotmann sein 50jähriges Berufsjubiläum. Er hatte von 1869 bis 1873 bei C. S. Krause in Nürnberg i. G.; nach längerer Tätigkeit als Weber war er 22 Jahre als Faktor in Zeulenroda, Großdröbbergs- und Oberweißbach tätig. Von 18 Jahren nach Berlin gekommen, ist er seit 1911 bei C. S. Müller & Sohn als Korrektor beschäftigt. Möge dem Jubilar, der sich allgemeiner Verehrung erfreut — zur Zeit ist er noch im Arbeitsausgleich — der Firma tätig — ein belohntes Lebensabend beschaffen sein!

Berlin. Sein fünfzigjähriges Berufsjubiläum beginnt am 1. November in voller Richtigkeit der Weber Oskar Reichen aus Berlin, welcher gegenwärtig bei Kempel & Co. („Talgasse Rundschau“) beschäftigt ist. Über 40 Jahre Verbandsmittellad, hat er viele die Interessen der Kollegenschaft wahrgenommen, noch während des Krieges war er Direktor des Arbeitsausgleichs. Möge dem Jubilar ein sonntags Lebensabend beschaffen sein!

Berlin. (Korrespondenz.) Die außerordentliche Versammlung am 5. Oktober hörte einen Vortrag des Kollegen Dreher (Leipzig) über: „Die Arbeit des Verbandes der Deutschen Topographischen Gesellschaften und die Sparten“. Ein klarer Ausführungen gab der Redner ein Bild von dieser Arbeit und, daß das Bewusstsein der Aufgaben der sachlichen Vereinigungen und der Sparten hervor. Der hiesige Beirat dankte dem Redner; eine kurze Aussprache folgte. Unter „Arbeitsmittellagen“ machte Vorstehender Fälle eine Reihe beachtenswerter Darlegungen; auch der Spartenausfall in Nr. 111 des „Korr.“ fand Erwähnung und Würdigung. Ein Luftnahmes erfolgten, fünf Anmerkungen gingen ein. — Nächste Versammlung am 9. November.

Breslau. Nachdem die außerordentliche Generalversammlung am 5. Oktober das Ableben ihres Kollegen Karl Halle geahrt, der in früheren Jahren verschiedenen Vorstandsämtern, darunter drei Jahre den Vorsitz, innegehabt hatte und einer der eifrigsten Versammlungsbesucher war, konnte der Vorsitzende die ersten zurückgekehrten Kriegsgefangenen aus dem Westen begrüßen. Sodann wurden 28 Neuaufnahmen vollzogen; ein erfreulicher Erfolg unseres Verbandes, dem es gelang, drei Betriebs (einen in Breslau und zwei in der Provinz) geschlossen für unser Organisations zu gewinnen, darunter Kollegen, welche bis zu 20 Jahren uns fernstehenden. Gewerkschaftssekretär Pelzer hielt sodann einen sehr reichen Vortrag über: „Die Steuererhebung in der neuen Republik“, der nicht nur aufklärend wirkte, sondern auch Inhalt gab, berechtigten Klagen zum Ausdruck zu bringen. Obing der Referent vor dem Bericht aus, daß hier eine Parole zum Steuerfrei ausgegeben sei, so

trat der Vorsitzende diesen damit entgegen, daß der Wille zum Steuerabschluß schon vorhanden sei, doch sei es eben unbillig, wie aus einer vorliegenden Steuereinschätzung hervorgeht, 420 Mk. Steuern zu bezahlen. Zum Schluß gelangte eine Entschließung gegen das Freibleiben des Sekretärs der Unabhängigen (Flegler) zur Annahme, welchem es durch Verbrüderung von Unwahrheiten gelungen ist, die Waldenburger Bergarbeiter von der Befahrung von Entschädigungen zur Förderung von Kohlen für die ärmere Bevölkerung Breslans, besonders für die „Gasolen“, abzuwenden. Kartell und Vorstand wurden beauftragt, alle Mittel zu erschöpfen, die Bergleute wieder zur Befahrung der Überflüsse zu veranlassen. — Zu dem Verbandsberichts vom 2. September d. J. sei abschließend erwähnt, das die beschlossene Extraunterstützung für die Invaliden, Kranken und Arbeitslosen vorläufig bis zum 1. Dezember 5 Mk. beträgt.

R. Dausig. In der Versammlung am 5. Oktober wurde Bericht erstattet über die Einführung der neuen tariflichen Vereinbarungen. Der allgemeinen Lage auch hier am Orte Rechnung tragend, hatten die Prinzipale wohl eingesehen, daß eine Weiterung ihrerseits das in letzter Zeit eingetretene Verhältnis zu den Gehilfen nur noch schlechter für sie gestalten könnte, und so ist die Einführung glatt vorstatten gegangen. Noch sind ja die Verhältnisse im zukünftigen Wirtschaftsjahr nicht berichtigt, das man glaubt, nur kleine Mittelbeschnitten allein vor sich zu haben, denen man dann das gewohnte „Stier im Sack“ entgegenstellen kann. Die einzelnen Anforderungen seitens der Prinzipale, wie „Schraube ohne Ende“ und „Abbau der enorm hohen Löhne“, wollen wenig bedeuten, weil im Gehilfenlager abseits kein Wert darauf gelegt werden kann, wenigstens solange nicht, bis auf dem Wirtschaftsmarkt der Abbau der fast unerschwinglichen Preise angefangen hat. Es dürfte infolgedessen auch nicht wundernehmen, wenn man sich baldigst wieder über Neuregelung der Löhnerestablen wird unterhalten müssen. Außer einer Erörterung über berufliche Fragen zu den andern Zweigen im gewerblichen Gewerbe nahm die Versammlung noch Stellung zu dem im „Köfz.“ vom 18. September veröffentlichten Artikel: „Formale oder wirkliche Demokratie?“ Abwärtskommend wurde festgestellt, daß hier ein langgehegter Wunsch der Mitglieder endlich verwirklicht werden könnte, wenn das erstliche Wollen dafür eingeleitet werden würde. Das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder in allen wichtigen Organisationsfragen ist die Grundlage für eine fortschreitende Gewerkschaftspolitik, und nur in einer kleinen Willensüberzeugung könne die Kraft der Gesamtheit erprobt werden, welche für vornehmende Fälle gebraucht werde und dem Ganzen eine entscheidende Richtung geben solle. Mit dieser wichtigen Fragen mäßten sich alle Mitglieder beider eingehend beschäftigen. Folgende Entschließung fand die höchste Zustimmung der Versammlung: „Die am 3. Oktober 1919 stattgehabte Mitgliedserversammlung des Ortsvereins Dausig fordert vom Zentralverband, bei allen wichtigen gewerkschaftlichen Organisationsfragen — wie Tarifabschluß, Löhnerestablen, Unterstüßungsfragen usw. — das den Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder der Urabstimmung des Mitglieds beizubehalten zu wollen. In einer Zeit, wo der ganze Staatshörper der freibehaltenen Entschlüsse der gesamten Bevölkerung unterstellt ist, können Teilaktionen gewerblicher Art naturgemäß nicht von einer kleinen Vertretung der Gesamtorganisation ausgeht werden. Unter gewerbliche Lage und unter Stellung dem Unternehmertum gegenüber erfordert das Mitbestimmungsrecht und klaren Willensausdruck aller Mitglieder. Dieses Recht steht aber auch denjenigen Kollegen das nötige Vertrauen für ihre Handlungen, welche in tagelangen harten Kämpfen den Weg für Verbesserungen unserer Lage freizumachen suchen. Nur die freie Entschliessung aller Kollegen kann unser Organisationsziel die nötige Festigung geben, welche für die Zukunft dienlich wird.“

Dulsburg. Zu unserer Monatsversammlung am 28. September hatten wir den Maschinenbauschleifer Herrn W. Gagan (Dulsburg) zu einem Vortrage gewonnen. Er sprach über das aktuelle Thema: „Die soziale Bedanke zu verwirklichen?“ Der Vortragende verzichtete seinen Vortrag in folgende Absicht: 1. Was ist Sozialismus? 2. Welche Hindernisse stellen sich der Sozialisierung entgegen? 3. Wie sind diese Hindernisse zu überwinden? In weiterführender Weise verband es der Redner, in volkstümlicher Form den verarmten Kollegen Ursprung und Wesen des sozialen Bedankens vor Augen zu führen. Im weitest schärfste er die fast unüberwindlichen Hindernisse, die augenblicklich der Sozialisierung entgegenstehen, die hauptsächlich in der töhnen Verarmung des Landes, der Selbstsucht, dem Egoismus und den Machtgelüsten der Besitzenden begründet liegen. Aber auch in der Uneinigkeit des Proletariats liegt eine große Gefahr für den Sozialismus. Der Redner war der Ansicht, daß bessere Verhältnisse auch bessere Menschen schaffen. Der Kampf um die Futtertröpfe müsse aufhören und mehr das Hebel in den Vordergrund gestellt werden. Der Vortrag wurde sehr hellhörig aufgenommen. Zum Schluß „Geschäftliches“ lagen sechs Aufnahmefälle vor, von denen drei dem Vauvorstand einstimmig zur Annahme empfohlen wurden, während die übrigen wegen Mangel anwesendheit der betreffenden Kollegen zurückgestellt werden mußten. Ein 19jähriger Kollege ist aus dem Verband ausgetreten, weil er es, wie er brieflich mitteilte, mit seiner politischen Überzeugung nicht mehr vereinbaren könne, dem Verbands noch weiterhin anzugehören. Sodann stellte der Vorsitzende mit, daß sich die Buchhändler hier selbst in einer Lohnbewegung befinden. Im Fall einer Arbeitsüberforderung bitte er um moralische Unterstützung. Eine längere Debatte seitige die Frage des Arbeitschuldes der Angelerseher. Der Kartellbericht wurde der vor-

berichtigte Satz selbst verstanden. Zum Schluß wurde ein Kollege als Beiführer gewählt.

- Königsberger. Die am 4. und 21. September abgehaltenen Ortsvereinsversammlungen sahen nach Wändern des Berichts über die Tarifabschließungen noch längeren und sehr erregten Ausreden eine Entschließung, in der zum Ausdruck kommt, daß die Königsberger Buchdrucker sich mit dem Ergebnis in keiner Weise zufrieden geben. Auch mit den nun gewährten Löhnerestablen reichen die Löhne der Buchdrucker nicht aus, dem notwendigen Lebensunterhalt zu bestreiten. Nur die gewerkschaftliche Disziplin hindert die Königsberger Kollegen, sich von der Durchsetzung ihrer in jeder Beziehung berechtigten Forderungen vorläufig Abstand zu nehmen. Von den Buchdruckerbeitlern Deutschlands beantragten Abbau der Löhne empfinden die Königsberger Buchdrucker als eine Verhöhnung ihrer überaus schweren wirtschaftlichen Lage und ganz besonders deshalb, weil die Preise für sämtliche Lebensmittel und Bedarfsartikel nicht nur eine ganz ungeborene Höhe erreicht haben, sondern dauernd im Steigen begriffen sind.

St. Leipsig. (Maschinenmker.) Die am 26. September abgehaltene Versammlung hatte nicht den guten Verlauf, der nach Abichluß allgemeiner vorgenommener Druckerversammlungen, die besonders der Informalisten und Agitation dienen, zu erwarten war. Vorstehender Vorkmann unterrichtete im Vereinsberichte besonders, daß die Arbeitsplätze der in den Ferien weilenden Kollegen durch Zuschüssen ausgefüllt werden müßten, ferner erinnerte er an ein kürzlich gefälltes Urteil des heiligen Tarifschiedsgerichts, wonach niedere Entlohnung während der Ferienzeit als unzulässig bezeichnet wurde. Der nun abgeschlossene Apparaturlaub hatte eine noch nie erreichte Teilnehmerszahl von 260 Kollegen aufzuweisen. Er mußte deshalb in zwei Firmen an 13 Tagen abgehalten werden. Den Firmen Spamer und Oscar Brandkötter für bereitwilligste Überlassung der Apparatmaschinen an dieser Stelle nochmals Dank. In der Diskussion zu einer Konferenz des Galaktionsbezirks am 5. Oktober, die u. a. auch zu der von der Zentralkommission geplanten Reorganisationsstellung nahm, wurden einige Anregungen entgegengekommen. Der zweite Punkt: „Ausprache über die geplante Reorganisation der Spartenbewegung und die dazu vorliegenden Statutenentwürfe“, wurde sehr schnell erledigt. Die vom Vorstande beantragten Änderungen fanden einstimmige Annahme, einschließlich einer Anregung aus der Versammlung, wonach der Beitrag an die Arbeitskassa gestrichen werden sollte zugunsten der Zentralkasse. Mit ermahnen Worten zu reger Mitarbeit erbat die Versammlung.

Kattowburg. Nachdem sich sämtliche Kollegen zurückgekehrt sind, konnte am 28. September die Gründung des Ortsvereins vor sich gehen. Gauvorkteher Reiser übermittelte im Namen des Gauvorstandes die herzlichsten Glückwünsche und sprach die Hoffnung aus, daß alle Kollegen in kollektiver Einigkeit und Treue zum Verbands halten möchten. Als Vorstehender wurde Kollege Naganski und als Kassierer Kollege Nikolai gewählt. Mit einem begeisterten Hoch auf den Verband erbat die würdige Leiter, der sich ein gemächliches Willkommen einzu-schloß.

Waldenburg i. Schl. (Halbjahrsbericht.) Die Aprilversammlung unseres Ortsvereins beschäftigte sich hauptsächlich mit den Vorträgen zur Tarifabschließung. — In der Maiversammlung, die auch von Gollberger Kollegen wieder besucht war, wurden die Berichte über die Bezirks- und Ortskassen für erstes Vierteljahr 1919 erstattet, fast welchen die Bestände 2796,34 Mk. bzw. 217,85 Mk. betragen. Vorstehender Kuchel gab einen ausführlichen Bericht über die Breslauer Bezirksvorsteherkonferenz und Kollege Gullch einen solchen über die Kartellierung. — Am 31. Mai fand eine allgemeine Buchdrucker-versammlung statt, in der ein kurzer Bericht über die Tarifabschließung gegeben wurde. Die Versammlung erkannte den gefällten Schiedspruch an, bedauerte jedoch das den Prinzipalpaar ausgehende Recht, ein Drittel der gewerblichen Entschliessungsumme in Urlaub zu bringen. — Die Juni-versammlung befaßte sich wiederum mit den Vorträgen zur Tarifabschließung. In August und mit den Vorträgen zur Bezirksversammlung. Das Ansehen eines verstorbenen Kollegen wurde in üblicher Weise geehrt. — Am 6. Juli feierte der Ortsverein in Gellendorf, sein Johannistfest, an dem auch Kollegen aus Freiburg, Gollenberg und Schwelbitz teilnahmen und das einen betriebliebenden Verlauf nahm. — In der Augustversammlung, die wieder eine allgemeine war, erstattete unser Beiführer Pöbeler Bericht von der Tarifabschließung. In der Ausprache über diesen Bericht wurde bedauert, daß das Ergebnis der Verhandlungen ein so minimales sei; vor allen Dingen wurde es als hart und ungerecht empfunden, daß die für unsere Ort so notwendige Erhöhung des Lohnzuschlags abermals bis zum Januar verschoben worden ist. — In der Septemberversammlung wurde der Kartellbericht der Ortskasse für zweites Vierteljahr erstattet, der einen Bestand von 370,51 Mk. nachwies. Kollege Gullch gab einen ausführlichen Kartellbericht und referierte sodann über die anlässlich der heiligen Unruhen einberufene Versammlung der Betriebsausschüsse; ebenso erstattete Kollege Kuchel Bericht über die Sitzung der Gewerkschaftsvorkämpfer; in der Bildung einer Einwohnerversammlung wurde beschlossen. Die Versammlung beschloß die Abhaltung einer Weltkassafest in kleinem Rahmen und die Veranstaltung eines Winterergänzens im Februar oder März nächsten Jahres.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Waldenburg im Westfälischen Dienst. In Burg-Nacht wurde Kollege Theodor Beyer als Vertreter zur Bezirksversammlung der Hauptmannschaft Rod-lich i. G. gewählt und in Wiesbaden der Kollege Adolf Kolb-Kaiser zum Stichtagsvorsteher.

Ein Mädchen für alles. In der Nr. 85/86 des „Allgemeinen Einzelgenossen für Druckereien“ findet sich folgende Anzeige: „Ich bin Mädchen für alles und gebe überall hin! Prinzipalloben, 21 J. alt, gewannen. Familienverhältnisse halber Elternhaus zu verlassen. Während dem Krieg: Höhere Privatstufens Schicht, danach volkswirtschaftliche Studien betrieben. Müllerei und auch in großen und kleineren Druckereien in Stellung gewesen. Im Betrieb arbeits geworden, selbstständig sowohl in Holz und Druck, als auch im Amdor und Lager. Suche Stellung in Müllerei oder kleinerer Druckerei, in der ich mich ganz betreiben widmen und event. einen verlorenen oder nicht vorhandenen Sohn erziehen kann. Gest. Ungehobener unter 03180 an den Verlag ds. Blattes.“ Man sollte es kaum für möglich halten, daß in der heutigen Zeit ein 21jähriger Mensch sich selbst so niedrig einschätzt und seine Arbeitskraft als Mädchen für alles anbietet. Das Deutsch, das der junge Mann auf der höheren Privatschule erlernt hat, ist nicht besonders weit her. Ähnlich wird es mit den übrigen Kenntnissen am Asten und an der Maschine wohl auch bestellt sein. Ob der Prinzipalpaar für seine vielseitigen Tätigkeiten auch Gehalt oder Lohn beansprucht, verdrückt er nicht, wahrscheinlich will er also umsonst arbeiten.

Zum Arbeitsgeberverband der deutschen Buchhändler. In einem Rundschreiben wendet sich die Landesgruppe Rheinland-Westfalen des Arbeitsgeberverbandes der Buchhändler an die Berufsgenossen und fordert zum Beitritt auf. Charakteristisch sind die Klagen darin, daß die Buchhändler keine so hohen Gehälter zahlen könnten wie andere Handlungswerte, die größere Verdienstmöglichkeiten hätten. Und doch weiß jeder Eingeweihte, daß gerade die Buchhändler im ganzen Druckgewerbe in der Mehrzahl der Fälle am meisten verdienen und sehr oft nicht nur die Autoren, sondern auch die Drucker als die mitschuldigsten sind auch die Fremden darüber, daß das allzuwürdige und patriarchalische Verhältnis von früher nicht mehr bestehe, und daß unter den Eingestellten eine Gärung herrsche, die der einzelne nicht mehr bekämpfen könne. Ja, aber wodurch diese Gärung hervorgerufen ist, darüber schweigt man sich aus.

Tarifvertrag der Berliner Photographen. Zwischen der Photographenvereinsgewinnung in Berlin und dem Gehilfenauschusse der Photographenvereine im Verbands der Photographen und Steindruckereien kam am dem Verhandlungswege ein Tarifvertrag zustande, der eine wöchentliche Arbeitszeit von 47 Stunden in der täglichen Zeitpausen von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends vorzies. Ausleben wegen Arbeitsmangels unter gleichzeitiger Lohnkürzung ist unzulässig. Technische Arbeiten dürfen nur von gelerntem Photographen ausgeführt werden. Der Mindestlohn beträgt im ersten Gehilfenjahre wöchentlich 45 Mk., danach bis zum 21. Lebensjahre 50 Mk. und für ältere Gehilfen 60 Mk. Um übrigen unterliegt der Lohn freier Vereinbarung, doch dürfen erhebliche Kürzungen nicht unter 75 Mk. eingeführt werden. In diesen Mindestlöhnen werden ab 1. März d. J. Löhnerestablen pro Woche wie folgt bezahlt: für Ausgelernte im ersten Gehilfenjahre 15 Mk., bis zum 21. Lebensjahre 18 Mk., für die übrigen Gehilfen bei einem Lohn von 60 Mk. 20 Mk., bei über 60—70 Mk. 17,50 Mk. (nicht unter 80 Mk.), bei über 70 Mk. 14 Mk. (nicht unter 87,50 Mk.). Etwa ab 1. März 1919. Bei Gehilfen von 7000 Mk. werden keine Löhnerestablen bezahlt. Bessere Verhältnisse dürfen nicht verschlechtert werden. Überstunden werden mit Zuschlägen von 25 bis 100 Proz. bezahlt, je nach Tagesszahl und -zeit. Ein Abzug für Feiertage darf nicht stattfinden. Näherarbeit ist unzulässig; ebenso Selbstarbeit an Mitarbeiter, die irgendwo mit festem Lohn angestellt sind.

Offene Sekretärstelle. Das Gewerkschaftskartell Frankfurt a. M. sucht einen weiteren Sekretär zur Bearbeitung der Frage der Betriebsräte, der Jugendorganisation, des Bildungswesens usw. Es wird auf einen Gewerkschaftler reflektiert, der diese wichtigen Fragen mit Sachkenntnis und Energie in Angriff nimmt und fördert. Mindestens fünfjährige Gewerkschaftsangehörigkeit ist Bedingung. Bewerbungen mit Gehaltsforderungen unter Angabe der bisherigen Tätigkeit sind bis zum 15. November an T. Dörfling in Frankfurt a. M., Alsterhöfgenstraße 51, zu richten.

Arbeitersekretariatssubsidium. Das Nürnberger Arbeitersekretariat konnte am 1. November auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Dieses Subsidium verdient auch über Nürnberg hinaus besondere Würdigung, denn gerade auf der Grundlage des Nürnberger Arbeitersekretariats wurden im Laufe der Jahre Hunderte von deutschen Arbeitersekretariatsstellen errichtet. Aber nicht nur in Deutschland, sondern über die Grenzen des Reiches hinaus, hat das Arbeitersekretariat Ansehen erlangt. In allen Ländern, selbst in Amerika, wurden Arbeitersekretariatsstellen nach den Grundsätzen des Nürnberger Sekretariats errichtet, die erfolgreich und leistungsfähig für die Arbeiterklasse wirken. Über die Tätigkeit des Nürnberger Arbeitersekretariats in den ersten 25 Jahren seines Bestehens nur einige Zahlen: In den 25 Jahren wurden zusammen 389.569 Zuschüsse erteilt, von denen auf Arbeiterversicherung

102386, auf den Arbeits- und Dienstvertrag 42644, der bürgerliche Recht 126 123, das Strafrecht 17390, das Gemein- und Staatsangelegenheiten 80216 u. a. der Rest auf die verschiedensten Gebiete des öffentlichen und privaten Lebens entfallen. Von den Ausstüften wurden 41157 amtlich erstellt. Zur schriftlichen und mündlichen Vertretung der Beschäftigten wurden 21098 Schriftsätze angefertigt und 1339 persönliche Vertretungen erforderlich, letztere erst seit September 1906. In den vorstehend genannten Zahlen kommt nur ein kleiner Teil der Tätigkeit zum Ausdruck. Die immense Arbeit, die auf gewerkschaftlichen Gebiet, auf dem Bildungswesen, in der Aktion usw. geleistet wurde, tritt äußerlich nicht in Erscheinung. Die Nürnberger Gewerkschaften können mit Erfolg und Eruigung auf ihre Einrichtung zurückblicken. Das Arbeitersekretariat hat sich im Laufe der Jahre nicht nur das Vertrauen der Nürnberger Arbeiterschaft erworben, sondern auch das Ansehen weiter Kreise der Bevölkerung. Das Vertrauen ist der schönste Lohn für mühsame Arbeit. Wir wünschen dem Arbeitersekretariat, daß es sich weiter in der bisherigen Weise entwickeln möchte, zum Segen und Gedeihen der großen Ziele der Arbeiterschaft.

Reichsbankzentrale zur Bekämpfung von Falschmünzern. Wie aus der in letzter Zeit vollzogenen Staatsberatung in der reichsweiten Landesversammlung hervorzugehen, ist die Reichsbank eine besondere Zentrale zur Ermittlung und Verhütung von Herstellern und Verbreitern von falschen Papiergeld, deren Tätigkeit in ganz kurzer Zeit schon sehr erfolgreich war. Die Zentrale bei der Reichsbank sorgt zunächst dafür, daß jeder falsche Schein, der durch das Publikum eingeleitet wird, auf seine Herkunft hin registriert wird. Auf Grund dieser Angaben werden dann Ermittlungen angestellt, um rückführend den Verbreiter oder gleich den Hersteller des Falschgeldes festzustellen. Bei einzelnen Scheinen ist dieses Ermittlungsverfahren sehr schwierig; leichter gestaltet sich die Arbeit, wenn ein größerer Betrag an falschen Scheinen zur Einlieferung gelangt. In den meisten Fällen ist dann die geheime Druckerlei zu ermitteln. Im allgemeinen kranken alle falschen Geldscheine an irgendeinem Fälscher, den der Drucker nicht zu beheben weiß, und der zu seiner Entdeckung führt. Doch nicht allein die Herstellung der Druckplatte und der Farbe bereitet den Fälschern große Schwierigkeiten, sondern auch die Verfertigung durch den Mangel an geeignetem und edlem Wasserzeichenpapier. Die Papierfabriken, die mit diesem Staatsauftrag betraut sind, stehen unter strengster Kontrolle; indessen kommt es vor, daß die Kontrolleure nicht über das notwendige Maß an Ehrlichkeit verfügen und auf diese Weise Wasserzeichenpapier in private Hände bringen. Große Summen an Papiergeld sind nach dem Berichte dieser Zentrale dadurch in Umlauf gekommen, daß Privatdrucker, die wegen Überlastung der Reichsdruckerlei mit Druckaufträgen betraut wurden, für ihren eigenen Bedarf gedruckt haben oder von ungetreuen Angestellten die halbfertigen Geldscheine gestohlen worden sind. Alle bekannten Fälschungen erstrecken sich nach wie vor auf die Fünfguldenmarkcheine mit dem Datum des 30. November 1918; Hundert- und Tausendmarkcheine werden sehr selten gefälscht, da die Anfertigung auf allzu große Schwierigkeiten stößt.

Schärfere Markenkontrolle bei der Reichsversicherung. Da im Kriege die Handhabung bei der Invaliditäts- und Altersversicherung, das Fehlen der Marken usw., nur eine außerordentliche Lage war, soll jetzt eine recht scharfe Kontrolle einleiten, um richtiges und rechtmäßiges Fehlen, Entwerten der Marken usw. sicherzustellen.

Änderung der Erwerbslosenunterstützung in eine Erwerbslosenversicherung. Die Stadtoberordnetenversammlung zu Tübingen richtete an die Reichsregierung und an die Nationalversammlung die dringende Aufforderung, mit

der größten Beschleunigung die in ihrem ganzen Aufbau nur einen Notbehelf darstellende Erwerbslosenunterstützung durch eine Erwerbslosenversicherung abzulösen. Diese letztere soll getragen werden durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie durch Zuschüsse des Reiches und der Gemeinden; ihre Verwaltung soll durch die Beteiligten selbst erfolgen. Die Stadtoberordnetenversammlung beauftragte die Verwaltung, die dahingehende Entschließung mit der etwa erforderlichen Begründung den zuständigen Stellen zu überfenden.

Fachauschüsse für Heimarbeiter. Durch Erlass des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe sind in Ostpreußen, Brandenburg, Berlin, Pommern und Slesien-Fachauschüsse für Heimarbeiter ins Leben gerufen worden. In Schlesien, Westfalen und in Rheinland werden die Fachauschüsse in der nächsten Zeit ihre Tätigkeit aufnehmen. Die Errichtung der Fachauschüsse war bereits durch ein Gesetz von 1911 in Aussicht genommen, aber sie sind an mancherlei Schwierigkeiten geknüpft, bis sie erneut durch die Verordnung vom 31. Juni 1919 vorgeschrieben wurden.

Zwölfstündiger Arbeitstag in Sowjet-Rußland. Der Zentralvolksrat der Sowjetregierung erließ einen Beschluß, wonach infolge der schwierigen allgemeinen Wirtschaftslage der zwölfstündige Arbeitstag eingeführt wird. Die Überstunden sollen in entsprechender Weise entlohnt werden.

Briefkasten

M. B. in R. Dank für die gewährte Mühseligkeit, die Schriften des Herrn F. Ränger in Leipzig-Plagwitz, Kappelstraße 4 II, kennen zu lernen, die hier im Anzeigenteile der Nr. 122 und 125 anpreis. Da Ihnen beim Kaufe statt der angezeigten Schrift eine von Robert Wiedemann: „Schwindlich heilbar“ — durch schwere Krankheit doch ans Ziel — „gleichbedeutend“ — im schlimmsten Sinne auch zutreffend — verabreicht wurde, so läßt sich annehmen, daß unter mehreren Tausen eine ganz große Anzahl lebender Menschen versucht wird. Es wird sehr darüber getraut, daß alles nutzlos geworden ist. Das stimmt aber nicht. Aber auf 13 Druckseiten allein hat der Fälscher ein solch hausbackenes Zeug aus der Pufferküche und Reiszeitel mit dem Normalausgange ähnlichen Schilfers unter Zugabe einer fragwürdigen Strankengeschichte zu bieten wagt und dafür gar 1,40 Mk. nimmt, der zeigt uns Trugfesseln grenzenlos. Ein früheres Wort ist allerdings zutreffender. Diese Anzeige wird natürlich nicht mehr im „Norr.“ erscheinen. Wenn uns Ränger-Wiedemann seine Schriften mitleidigst hätte, würde er keine Inzerte überhaupt nicht haben anbringen können. — **A. D. in R.** Zuschriften für solche Artikel sehr ungenügend. Es bedürfen verschiedene Materialien mit einer Anzahl von Einwendungen Berücksichtigung. Danach werden Sie wissen, was es heißt. — **X. in B.** Die Artikel von Druckerlehren hat bekanntlich zwei Seiten. Deshalb lesen wir als Gehilfenorgane gern davon ab. — **R. G. in W.** Freuen uns ob der besseren Einsicht in unsere Raum- und Papiernot. Wir sind zu den bewußten Strichungen durch die Umstände gezwungen und können auch in Zukunft nicht davon abgeben. — **Grüß. Grub.** — **A. P. in M.** Ein sehr erörterungsbedürftiges Thema kommt mit raumerweiternder Beschränkung zur Veröffentlichung. — **A. W. in R.** Der unten stehende Abschnitt soll nicht sein. — **A. G. in G.** Ihr Artikel enthält keine neue Gesichtspunkte, für blanke Meinungen ist der Raum aber doch zu schade, also abgelehnt. — **A. W. in S.** Kein einziges Gewerkschaftsblatt bringt so viel Berichtigungsberichte wie der „Norr.“. An jeder guten Tradition soll durch uns nicht gerüttelt werden, aber kurzjähig muß jede Lösung sein. Somit zum Umschreiben zurück. — **P. R. in S.** 1,60 Mk. — **O. W. in S.** 3,80 Mk. — **A. G. in B.** Willen um genauen Vergleich mit Original und dann daraus zu schlußfolgern.

Trotz fortgesetzter Hinweise auf die Innerlichkeit eines kurzen Ausweises über die Verbandszugehörigkeit — (von der Mitgliedschaftsentscheidung) auf dem Briefumschlag genügt — geben immer wieder Artikel ohne jede Begründung ein. Der Redaktion schriftlich oder persönlich bekanntgewordene Mitglieder brauchen keinen Ausweis zu erbringen, sonst aber muß streng darauf gehalten werden. Andernfalls ist ein Ablehnungsgrund dadurch gegeben.
Die Redaktion.

Verbandsnachrichten
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamlisplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Bezirk Wiesbaden. (Wahl vom 31. mittelfränkischen Gau.) Abgegeben wurden 76 gültige Stimmzettel. Es

erhielten Stimmen die Kollegen: Holzbauer 74, Fago (Biebrich a. Rh.) 66, Junior 65, Scherer (Limburg a. d. R.) 63, Krauth 62, Buchs (Rüdesheim a. Rh.) 57, Schön 55, Hundt 42, Hippo 38, Grün 26, Pulkowski 24. Die gesperrt gedruckten Namen der ersten acht Kollegen sind die der Delegierten, die letzteren drei sind Erbscheine.

Leipzig. Die Seher Max Fibrobrade, geboren in Plania I. Oberstl. 1884, ausgetrennt in Rasthor 1902; Rudolf Saadi, geboren in Leipzig 1896, ausgetrennt dafelbst 1915; Paul Kantiß, geboren in Eilenburg 1900, ausgetrennt daf. 1918; Paul Fiehe, geboren in Osnabrück 1867, ausgetrennt in Hannover 1885; Walter Kantiß, geboren in Leipzig 1900, ausgetrennt dafelbst 1919; die Drucker Kurt Müller, geboren in Leipzig-Sülzterl. 1898, ausgetrennt in Leipzig 1916; Otto Scherflig, geboren in Leipzig 1898, ausgetrennt in Meissen a. d. E. 1916; der Stereotypen Walter Langhammer, geboren in Leipzig-Sellerhausen 1894, ausgetrennt in Leipzig 1912, werden hiermit aufgefordert, sich innerhalb 14 Tagen im Gauverein zu melden.

Regeln. Auf mehrfache Anfragen zur Mitteilung, daß laut Gaustatut nur das Bezugsgehalt mit 65 Pf. aber nicht das Bestellgehalt für den „Norr.“ aus der Gauhalle an die Mitglieder zurückvergütet werden kann. Eine Änderung dieser Bestimmung kann nur der Gauauf beschließen.

Adressenveränderungen

Frankfurt. Bezirksvorsteher und Kassierer: Wilh. Keuker, Bureau: Schloßstraße 8 III.
München. Vorsteher: Otto Lange, Wernburg I. Thür., Schlegelstraße 83.
Striegau. Vorsteher: Joseph Alder, Wilhelmstraße 7 III.; Kassierer: Karl Zentlicher, Bahnhofsstraße 19a.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):
Im Gau Bayern die Seher I. Max Buchholz, geb. in Berlin 1894, ausget. daf. 1912; war schon Mitglied; 2. Wolfgang Giehlner, geb. in Bärnau 1899, ausget. in Trichtreuth 1917; 3. Albert Hornauer, geb. in Holzhausen 1899, ausget. daf. 1917; 4. der Drucker Hans Gschwald, geb. in Rollenburg 1900, ausget. daf. 1918; waren noch nicht Mitglieder. — Hans Hemmerich in München, Holzstraße 24 I.
Im Gau W. der Seher I. der Drucker Kurt Kühne, geb. in Gonna 1891, ausget. in Sangerhausen 1910; 2. der Schweizerdegen Kurt Schönleber, geb. in Odran 1893, ausget. in Kamenz I. Sa. 1911; waren schon Mitglieder. — Hugo König in Halle a. d. S., Meine Nicolausstraße 7 I.

Berichtungs-Kalender

Nürnberg. Versammlung Sonnabend, den 8. November, abends 8 Uhr, im „Kaiserhof“.
Berlin. Rotationsmaschinenmeister-Vereinsversammlung findet nicht am 9., sondern erst am 16. November bei Hennig, Nordbrunnstraße 44, nachmittags 2 Uhr, statt.
Witten. I. S. Maschinenmeister-Versammlung Freitag, den 7. November, abends 7 1/2 Uhr, im „Bürgergarten“, Annenstraße.
Siegb. Versammlung Sonnabend, den 8. November, abends 8 Uhr, im Vereinslokal, Schartenstraße.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes betreffend Einberufung der zehnten Generalversammlung.
Artikel: Die Hof des Tages. — Rückblick und Ausblick. — Inhaltlich — und nochmals: Hätten. — und nochmals: Hätten. — Druckerfragen.
Gewerkschaftsrechnung: Die 14. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Stuttgart.
Korrespondenzen: Bremen (M.-M.). — Saugen. — Berlin. — Berlin (M.). — Breslau. — Danzig. — Duisburg. — Königsberg. Leipzig (M.-M.). — Rastenburg. — Waldenburg.
Kaufmann: Buchdrucker im öffentlichen Dienst. — Ein Mädchen für alles. — Vom Arbeiterverband der deutschen Buchhändler. — Tarifvertrag der Berliner Photographen. — Offene Schreiberstelle. — Arbeitersekretariatsjubiläum. — Reichsbankzentrale zur Bekämpfung von Falschmünzern. — Schärfere Markenkontrolle bei der Reichsversicherung. — Änderung der Erwerbslosenunterstützung in eine Erwerbslosenversicherung. — Fachauschüsse für Heimarbeiter. — Zwölfstündiger Arbeitstag in Sowjet-Rußland.
(Merz eine Zeile.)

Junger Schweizerdegen
Wichtig an Schnellpresse und in der Seherlei, sofort in dauernde Stellung gesucht.
„Berghelmer Zeitung“, Berghelm (Griff Rheinland), 1834

Se ein Zuriichter
für Foucher- und Müllermann-Komplettschneidmaschine sofort gesucht. 1838
Schriftsetzer Ludwig Wagner, Leipzig-Reuditz, Gabelsbergerstraße 1a.

Ein Monotypeseher
ein Linotypeseher
zwei Buchbinder
die ohne Anleitung selbständig Druckbände anfertigen können. 1843

ein Eingoldner
sowohl für Barvergehung als auch für Preßvergehung ausgebildet, ein geschulter

Auto- und Dreifarbenäher
ein Kopist
für chemographische Anstalt werden zum baldigen Eintritt zu günstigen Bedingungen nach Helsingfors (Finnland) gesucht.
Anmerkungen erbitlen

J. O. Scheller & Giesecke, Leipzig.
Züchtiger, gewandter und ordnungslebender. 1835

Maschinenmeister
vertraut mit König- & Bauerische Doppelmaschine, Johannsberg-Schnellpresse und Ziegel, auf sich I.
„Zweibrücker Zeitung“, Zweibrücken.

Stempelseher
42 Jahre alt, perfekt im runden und ovalen Stempeln, mit allen Arten der Stempeldrucke vertraut, sucht dauernde Stellung. Gest. Angebote unter Nr. 845 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Junger, lediger Linotypeseher
3 Jahre Praxis, sucht Stelle in Berlin, eventuell auch am Kopist. Angebote an Hermann Dresenk, Berlin SW 47, Mäckernstraße 96 II.

Züchtiger
Rotationsmaschinenmeister
In der Stereotypie erfahren, mit voller Maschinenkenntnis, in der jetzigen Maschinen, sucht baldigst Stellung. Am liebsten im besten Gebiet. Offerten unter Nr. 830 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Spanien
Buchdruckerlehrling, 40 Jahre alt, 8 Jahre in Spanien, wünscht die Vertretung von einschlägigen Geschäften. Carlus Engel, Bilbao (Spanien), Calle de los Heros 7 I deha.

Maschinenmeißerverein
Hamburg-Altonaer Buchdrucker
Sonnabend, den 8. November, abends 7 Uhr, im Vereinslokal bei Hof, Große Allee 45:
Monatsversammlung
Tagesordnung: 1. Vorstandsbericht. 2. Antrag des Vorstandes: Abhaltung einer Weihnachtsfeier. Geldbewilligung dazu. 3. Vortrag des Herrn Schilmann vom Hauptverband. 4. Beschlüsse über den Papiermarkt 1914-1919. 5. Tagesloose. 6. Verschiedenes.
Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Guteingrichtete Stereotypie u. Galvanoplastik
in Großstadt, alleinstehend und gut-bekannt, sichere Stellung aus für zwei Herren, wegen Zurückbeziehung zu verkaufen. Angebote unter Nr. 833 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Maschinenband
Friedensqualität, liefern
Bezyer & Moll, 733
Duisburg, Graf-Adolf-Straße 112.

Ahlen, Pinzetten
Zusche, Federn
Verband d. Deutsch. Typogr. Gesellsch.
Leipzig, Salomonstr. 8, Postk. 53430.

Monotypeseher
Gründerbebel 72 E, Pumpenbebel 18 H und 24 H aller Stilt, Zeilenbahn-Federblock 51 F. Befehlungen umgebend an Wilhelm Meck, Berlin-Mariensberg, Schweibergerstraße 65, Tel. Sühning 682.

Kaufmann
im 30. Oktober verschied nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Seher

Kaufmann
im 43. Lebensjahre. 1841
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Kollegen der Buchdruckerei C. Keiarich, Dresden.

Kaufmann
im 22. Oktober verschied nach längerem Leiden unser treues Parteimitglied, der Maschinen-seher

Kaufmann
im 37. Jahren.
Wir werden ihm allzeit ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Maschinen-sehervereinigung im Gau Hannover (Süß Hannover).

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Eingehemmern 5 Pfennig des Exemplars, jedoch mit älterem Erscheinungsbild bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 129 — Leipzig, den 6. November 1919

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Gewerkschaftsrevue

Mit recht gemischten Gefühlen blickte man in gewerkschaftlichen Kreisen dem Verbandstag der Metallarbeiter entgegen, der vom 13. bis 22. Oktober in Stuttgart verhandelt war. Nicht am wenigsten hatte dazu ein vorher erdienter Artikel der „Freiheit“, des Berliner Organs der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands, beigetragen, der ein Aktionsprogramm aufstellte, das die Sprengung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Ziele hatte. Der Verfasser kennzeichnete darin die Konsequenzen des beachtlichen Vorgehens der Opposition im Metallarbeiterverband mit wünschenswerter Deutlichkeit. Die wichtigste Entscheidung werde der Verbandstag zu fällen haben bei der Frage: Arbeitsgemeinschaft oder Räteherrschaft? Bezüglich des Nürnberger Gewerkschaftskongress habe sich die Mehrzahl der Delegierten der Metallarbeiter gegen die Arbeitsgemeinschaft ausgesprochen. Der Verbandstag werde mit weit stärkerer Mehrheit daselbe tun. Dieser Beschluss bedeute aber den Bruch mit dem Gewerkschaftsbund, der sich auf die Arbeitsgemeinschaft festgelegt habe. Der Metallarbeiterverband als stärkste Gewerkschaft müsse logischerweise den Bund verlassen. Aber weiter würde dadurch auch die weitere Verwirklichung der Arbeitsgemeinschaft zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden zerstört, denn die Arbeitsgemeinschaft der Metallindustrie sei das stärkste Glied der Arbeitsgemeinschaften der deutschen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände. Das würde dann wiederum eine starke Erschlüpfung der Wirtschaftspolitik der jetzigen Regierung auslösen, die in ihren Wirtschaftsräten eine Ablehnung an die Arbeitsgemeinschaften sucht. Weiter werde dann zu dem Aktionsprogramm des Metallarbeiterverbandstags in der „Freiheit“ noch ausgeführt:

Die Opposition darf sich aber nicht mit der Ablehnung der Arbeitsgemeinschaft begnügen; sie wird auch ihre Stellung zum Räteherrschaft klar und scharf präzisieren müssen. Dabei darf sie es nicht mit programmatischen Erklärungen bewenden lassen, sondern sie muß das künftige Geblüde der Organisation aufzeichnen und mit neuem Inhalte versehen. Stellt sich der Verbandstag auf den Boden des Räteherrschafts — und niemand zweifelt daran —, dann muß auch die alte Berufsorganisation der Metallarbeiter zu einem revolutionären Industrieverband umgebaut werden, der sich als Grundlage zum künftigen Räteherrschaft verwenden läßt. Damit ist wiederum der Bruch mit dem Gewerkschaftsbund gegeben.

Alle diese Andeutungen und Prophezeiungen eines in die Zukunft der Metallarbeiteropposition sehr Eingeweihten sind inwischen der Wirklichkeit nähergerückt. Die 14. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat sich damit in offenen Gegenzug gestellt zu der auf dem Nürnberger Gewerkschaftskongress festgelegten Politik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und dadurch sowohl die Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung gesprengt als auch den Keil der Zersplitterung in die eignen Reihen hineingetrieben. Und das alles um der Durchsetzung eines parteipolitischen Prinzips willen!

Es scheint uns angebracht, zur besseren Klärung einer eignen Urteilsbildung hier kurz auf das Wesen der Arbeitsgemeinschaften der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands einzugehen. Der Nürnberger Gewerkschaftskongress erblühte bekanntlich in den Arbeitsgemeinschaften die konsequente Fortführung der Tarifvertragspolitik der Gewerkschaften. Die Arbeitsgemeinschaften dienen dem Zweck, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und die kollektive Regelung des Arbeitsrechts überall dort zu verwirklichen, wo die Privatwirtschaft nicht durch eine sozialistische Wirtschaftsweise ersetzt ist. Selbst der oppositionelle Referent zur Betriebsrätefrage auf dem Gewerkschaftskongress mußte zugestehen, daß die heutige kapitalistische Wirtschaftsweise nicht von heute auf morgen in eine sozialistische umgewandelt werden könne, und daß der Ausbau des Räteherrschafts vielfach jahrelang dauern werde. Wenn dem aber so ist — und wer wollte es bezweifeln? — dann müßte doch Forderungen für die Übergangszeit von der kapitalistischen zur sozialistischen Wirtschaft etwas Richtungsweisendes, Positives festgelegt werden für die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung. Der Nürnberger Gewerkschaftskongress beschloß infolgedessen, zunächst noch mit dem Unternehmertum gemeinam an die Wiederbelebung der Produktion heranzutreten, entgegen der Auffassung der Opposition, die die Produktion am liebsten jetzt schon ausschließlich in die Hände von Wirtschaftsräten legen möchte. Die Arbeitsgemeinschaften sollen unter Wahrung der beiderseitigen Interessen im Produktionsprozess dem Wiederaufbau des Wirtschaftslebens dienen, insbesondere auch der Beschaffung von Rohmaterialien, der Erleichterung von Absatzgebieten, der Einwirkung auf Zoll- und Steuerfragen usw. Erst die Praxis wird erkennbar werden lassen, was an

den Arbeitsgemeinschaften auf und brauchbar ist und was nicht. Deshalb liegt es im wohlverstandenen eignen Interesse der Arbeiterbewegung, zunächst auf dem vom Gewerkschaftskongress nach reiflicher Prüfung aller in Betracht kommenden Verhältnisse empfohlenen Wege zu bleiben; auf einem Wege, der die Möglichkeit einer organisatorischen Fortentwicklung bietet, während der Weg der Opposition Zustände schaffen will, für die die Voraussetzungen noch fehlen.

Summa in der Metallindustrie fehlt es an solchen Voraussetzungen mehr als anderswo. Dort hat das Unternehmertum, gestützt auf eine starke gelbe Bewegung, früher am zähesten und rücksichtslosesten den Herrn-Im-Hause-Standpunkt vertreten. Die brutale Nachschauung der Schlotbarone in der Schwerindustrie zeigte sich besonders augenfällig bei der Sandhebung ihrer einseitigen Arbeitsnachweise. In der möglichst niedrigen Anhebung des Beschäftigungsalters, der sogenannten Majors-ekte, wurden in der Metallindustrie geradezu Rekordergebnisse erzielt; auf zahlreichen Werken galten 40jährige Arbeiter schon als „zu alt“. Anschläge an den Fabrikanten bedeuteten jedem älteren Arbeitenden, daß er alle Hoffnung auf Beschäftigung draußen zu lassen habe. Wir glauben nicht, daß infolge der revolutionären sozialen Umwälzung die ehemals so brüsk gegen die Arbeiter auftretenden Unternehmer der Metallindustrie sich innerlich gewandelt haben. Wenn für sie nur irgendwie eine Aussicht bestände, über ihre Arbeiter in Zukunft nach den vorrevolutionären Rezipienten weiterregieren zu können, wären die Metallindustriellen — diese erklärten Feinde jedweder Tarifvertragspolitik — nie und nimmer für eine Arbeitsgemeinschaft mit den Arbeitern zu haben gewesen! Merkwürdig, daß dieser prinzipielle Fortschritt in der Metallindustrie von den früher so drangalierender Metallarbeitern nicht anerkannt, ja sogar aufs entsetzliche bekämpft wird. Nur eine bedauerliche Aberschauung ihrer tatsächlichen Macht kann die Metallarbeiter den erzielten Fortschritt übersehen lassen und sie zu der fälschlichen Annahme verleiten, die privalkapitalistische Wirtschaft werde bereits demnächst aufhören.

Bei allem Respekt vor der zahlenmäßigen Entwicklung des Deutschen Metallarbeiterverbandes erscheint uns dieser aus einer ganzen Anzahl Berufsverbände der Metallindustrie zusammengesetzte Koloss mit seinen 1400000 Mitgliedern, darunter 200000 weiblichen, doch wie eine Überspannung des Zentralisationsgedankens. Die geistige Durchdringung eines solch riesigen Mitgliederkreises mit der nötigen prinzipiellen Klarheit über Zwecke und Ziele der Organisation stellt schier unerfüllbare Anforderungen an die Führer, insbesondere an die Leitung des nur einmal wöchentlich erscheinenden Verbandsorgans. Was in bezug auf planmäßige Aufklärung und Wegweisung im Metallarbeiterverbande mehr hätte geschehen müssen, kam auf dem Stuttgarter Verbandstag und auch schon vorher in der „Metallarbeiterzeitung“ sehr deutlich zum Ausdruck. Dabei wurde gleichzeitig darauf hingewiesen, daß der Krieg eine rasche Vermehrung und Umsiedlung der Metallarbeiterschaft und dadurch eine Vergrößerung des geistigen Gefüges der Verbandsmittelschicht bewirkt habe, wie sie auch nicht annähernd in einem andern Berufe zu finden sei. Diese Tatsache erkläre zum besten Teil die außerordentliche Schärfe des Meinungsstreits in Metallarbeiterverband. Und nun stelle man sich vor, was werden wird, wenn erst der geforderte Umbau des Metallarbeiterverbandes zu einem revolutionären Industrieverband erfolgt sein wird! In dieser Beziehung vertrat auf dem Stuttgarter Verbandstag eine zahlenmäßig nicht geringe Richtung in der Opposition einen Standpunkt, der sogar von der „Leipziger Volkszeitung“ als Doktor-Eisenbar-Sur bezeichnet wurde. Danach sollten die zwölf oder mehr Gewerkschaften, die in der Metallindustrie noch in Frage kommen, und sich nicht zur Gründung eines alle Hand- und Kopfarbeiter der Metallindustrie umfassenden Industrieverbandes bereitfinden, einfach vor die vollendete Tatsache gestellt werden. Auf diese diktatorische Art sollte der Widerstand jener Verbände in kurzer Zeit gebrochen werden, so daß eine bald einzuberufende außerordentliche Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes die Gründung des Industrieverbandes beschließen könnte. Da die Vertreter dieser Ansicht jedoch nicht anzugeben vermochten, mit Hilfe welcher Mittel die verschiedenen für den Industrieverband noch in Betracht kommenden Gewerkschaftsorganisationen der Metallindustrie zum Beitritt gezwungen werden könnten, lebte es die Mehrheit der Opposition ab, sich von einem Teil ihrer Anhänger auf eine Wunderdoktorkur leiten lassen zu lassen. Diese Spaltungserscheinungen innerhalb der Opposition sind allerdings nur hinter den Kulissen erkennbar geworden. Aber das, was in Stuttgart auf offener Szene vor sich ging, brachte des Traurigen an Spaltung zwischen rechts und links, aus parteipolitischen Motiven, noch übergenug.

Unter den 329 Delegierten hatte die Opposition eine starke Mehrheit, die den Verhandlungen und Beschlüssen des Verbandstages ihren Stempel aufdrückte. Die Mehrzahl legte über die Sachlichkeit, und wo der Erfolg nicht von vornherein gegeben schien, reichte der Fraktionszwang die Situation. Bereits bei der Wahl der Man-

dsprüfungs-kommission zeigte es sich, daß der Wille zur Verständigung auf Seiten der Opposition nicht vorhanden war. Infolgedessen kam es schon bei dieser Gelegenheit zu heftigen Auseinandersetzungen, die sich noch verstärkten bei der Berichterstattung der Kommission, die sich mit zahlreichen Wahlsprotesten wegen vorgekommener Unregelmäßigkeiten zu beschäftigen hatte. Im besondern waren die Berliner und Dresdener Mandate unfruchtbar, die schließlich in namentlicher Abstimmung mit 192 gegen 135 bzw. 186 gegen 142 Stimmen für gültig erklärt wurden.

Die abschließliche Fassung der Mehrheit zwang auch die Minderheit des Verbandstages zur Fraktionsbildung, und damit war vollends jede Möglichkeit geschwunden, daß sich die Vertreter der verschiedenen Anschauungen mit offenem Überzeugungs- und Beharrermute gegenübertraten konnten, um das Wahre zu suchen zum Vellen der Gesamtheit der Mitglieder. Der Meinungsaustausch zwischen ihnen und drüben wuchs sich vielmehr zu einem rauschen Zweigepflanzte zwischen den beiderseitigen Fraktionsreibern aus.

Unter solchen Umständen ist natürlich aus dem Gesamtverlauf der Stuttgarter Metallarbeiterlagung für die gewerkschaftliche Praxis nicht viel zu profitieren. Man kann höchstens daraus lernen, wie es nicht gemacht werden darf, wenn die Interessen der Mitglieder nicht geschützt werden sollen. Die Behandlung des Berliner Metallarbeiterkreises erfolgte in der Hauptsache in geheimer Sitzung. In öffentlicher Sitzung wurde lediglich ein Bild gegeben über die Entwicklung der Bewegung. Der Berichterstatter richtete dabei heftige Angriffe gegen den ersten Vorsitzenden und jetzigen Arbeitsminister Schliche und warf ihm vor, sich an der Seite der bürgerlichen Presse gegen die Metallarbeiter beteiligt zu haben. In einer vorgelegten Resolution wurde den Streikenden die Sympathie ausgesprochen und das Versprechen gegeben, alles zu tun, um die Bewegung zum Erfolge zu führen. Schliche verteidigte sich gegen die an seine Adresse gerichteten Vorwürfe und meinte dabei vielsagend: „Die Berliner Kollegen suchen einen Irreführung, das soll der Verbandsvorstand sein. Man will mir vielleicht ein Mißtrauensvotum ausstellen, um mich zu befehlen. So leicht geht das aber nicht. Ich war bereit zu gehen, werde es jetzt aber darauf ankommen lassen.“ In der dann folgenden geschlossenen Sitzung wurde schließlich die Ausarbeitung einer Resolution einer Redaktionskommission überwiesen. Der später der Öffentlichkeit bekanntgewordene Wortlaut dieser Resolution kommt inhaltlich nicht über das hinaus, was jede beliebige Zählstelle des Metallarbeiterverbandes hätte beschließen können. Es wird daran aufgefodert zum Ausharren im Kampfe; weiter soll alles versucht werden, der geschlossenen Front der Unternehmer die geschlossene Front der Metallarbeiter gegenüberzustellen, weshalb an alle Metallarbeiter das Ersuchen gerichtet wird, sich reiflich dem Verband anzuschließen. Die einzige positive Maßnahme der Generalversammlung war in der Anknüpfung zu erblicken, daß unter entsprechender Erhöhung der Beiträge die Streikunterstützung erneut festgelegt werden solle.

Am vierten Tag erst konnte die Generalversammlung ihre eigentliche beratende Tätigkeit aufnehmen. Als Vorsitzende wurden berufen Brandes (Magdeburg) und Schiller (Berlin) von der Opposition und Reichel (Stuttgart) vom alten Vorstande. Die Besetzung der übrigen Ämter erfolgte nach dem Verhältnis 4:3. Nach der Wahl der Kommissionen, der Festlegung der Tagesordnung und der Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten erfolgte der Vorsitzende Reichel den Vorstandsbericht. Der Vorstand habe sich in seiner Tätigkeit streng an die Beschlüsse des Kölner Verbandstages gehalten. Den Vorwurf, daß der Vorstand nichts getan habe, um den Krieg zu verhindern, habe man zwar inzwischen fallen gelassen, aber immer noch werfe man ihm vor, kriegsverlängernd gewirkt zu haben. Der Verband umfasse nur 18 Proz. der Metallarbeiter. Die Macht und der Einfluß einer Organisation auf die Öffentlichkeit reichte sich aber nach ihrer Mitgliederzahl und ihrer Aktionsfähigkeit. Die Arbeiter selbst trügen ein groß Teil Schuld daran, daß wir nicht schon früher einen stärkeren Einfluß auf die öffentlichen Gewalten ausüben konnten; sie hätten den Anschluss an die Organisationen früher finden müssen. Der auch in die Gewerkschaften hineingetragene Bruderzwist habe ihre Aktivität sehr beeinträchtigt. Dauere die Spaltung länger an und werde die Klut noch tiefer, dann wird es schlimm bestellt sein um die Durchführung des wirtschaftlichen Sozialismus. Wir müssen die Einheit und Geschlossenheit unserer Organisation unter allen Umständen aufrechterhalten. Der Vorstand habe alles getan, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu heben. 1917 waren an 2048 Lohnbewegungen 1408557 Personen und an 36 Abwehrbewegungen 35000 Personen beteiligt. Mit Entschiedenheit müßte der Vorstand den Vorwurf zurückweisen, er stütze den Kapitalismus. Gestützt werde dieser nur dann, wenn, wie zur Zeit, unerfüllbare Forderungen aufgestellt und die Grundlagen unseres Wirtschaftslebens vernichtet werden. Mehr Charakterbildung tue nol, nicht die Heranzüchtung einer Massenmeinung. Um die Zukunftsaufgaben zu erfüllen, müsse vor allem in verhältnismäßigem Geiste gearbeitet werden. Die Welt brauche nicht

Sah und Zweifelskraft, sondern Verführung. Es müsse aufhören, das Kollegen, die ihre gewerkschaftliche Arbeit zur vollen Zufriedenheit geleistet haben, vor die Tür gesetzt werden, zumal kein Überfluß an eingearbeiteten Kräften vorhanden sei. In letzter Zeit habe man Kollegen zur Geschäftsführung berufen, die erst wenige Wochen oder Monate dem Verband angehörten. Redner warnte vor Annahme der vorliegenden Mißtrauensanträge und der in einzelnen Jahrsstellen verplögenen Taktik und schloß: „Soll in Deutschland die sozialistische Gesellschaft erreicht werden, dann bedürfen wir der tatkräftigen Unterstützung der internationalen Arbeiterklasse. Im Land selbst müssen wir alles tun, die wirtschaftliche Lage unserer Arbeiterklasse zu verbessern, aber nach Möglichkeit alle Arbeitseinstellungen zu unterlassen. Tragen wir unsere Differenzen in sachlicher und enklischer Weise aus, dann werden wir nicht nur für unsere Kollegen, sondern für das gesamte deutsche Volk und darüber hinaus für die ganze Internationale wirken!“

Darauf gelangten zunächst die Korreferenten heider Fraktionen zum Vorstandsbericht zum Worte. Dismann (Frankfurt a. M.) warf dem Vorlande vor, daß er während des Krieges vom proletarischen Klassenkampf abgesehen sei und mit Regierung und Bürgerlichen Schulter an Schulter für Fortführung des Krieges unter dem Schutze des Burgfriedens gekämpft habe. Daran reihte sich die Aufzählung all derjenigen Momente, die Dismann bereits auf dem Nürnberger Gewerkschaftskongress vorbrachte, um zu beweisen, welche verderbliche Kriegspolitik von der Generalkommission und auch vom Vorlande des Metallarbeiterverbandes getrieben worden sei. Der Verbandsrat werde es ablehnen, die Politik der Generalkommission zu unterstützen. Es sei falsch, zu sagen: erst aufbauen und dann sozialisieren. Die deutsche Wirtschaft sei jetzt schon reif für die Sozialisierung. In ihrer großen Mehrheit dächten seine (Dismanns) Freunde nicht daran, sich die Auffassungen Kautskys in allen Einzelheiten zu eigen zu machen. Daran änderen auch Stillerding, Ströbel und Meißner nichts. Für das Rätesystem habe der Vorstand nur Spohn übrig gehabt. Der Redner wies dann auf die Notwendigkeit einer Verständigung mit Ausland hin, gab der Hoffnung Ausdruck, daß es der internationalen Arbeiterklasse gelingen möge, den Verfall der Frieden zu revidieren, und schloß seine zweifelhafte Ausführungen mit dem Rufe: „Vorwärts mit eiserner Entschlossenheit auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes!“

Gegenüber diesem Hauptredner der Opposition, der praktische Fingerzeige für die zukünftige Gewerkschaftsarbeit stark vermissen ließ, blieb es Sumner (Leipzig) als Referent der Minderheit vorbehalten, sachliche Kritik an dem Vorstandsbericht zu üben sowie neue Möglichkeiten für einen aussichtsreicheren gewerkschaftlichen Kampf zu eröffnen. Er lehte auseinander, welche Aufgaben die soziale Revolution der größten Gewerkschaft der Welt löste, wie das geistige Rückzug des Verbandes gebessert, die Sozialisierung gefördert, rationalere Arbeitsweisen gepreßt und worauf das Augenmerk der Betriebsräte gerichtet werden muß. Mit der Vergangenheit war Sumner verhältnismäßig schnell fertig, weil, wie er zutreffend ausführte, für das Proletariat nichts herausbringe, wenn man alle Unterlassungsünden und Fehler immer wieder bespreche. Der Vorstand habe das Beste gewollt für den Verband, das müsse anerkannt werden, auch wenn man nicht mit allem einverstanden sei. Man solle sich nicht so sehr mit der Vergangenheit als mit der Zukunft befassen. Die Masse brauche neue Wege und neue Gedanken, und diese müßten wir uns selbst suchen. Bei diesem Suchen gebe es besonders bei uns drunter und drüber. Mit den Problemen, die uns beschäftigen, beschäftigen sich die ganze Welt. Die Arbeiter in den übrigen Staaten sagten sich aber, bei diesem Suchen darf die Einheit der Arbeiterklasse nicht in die Brüche gehen. Die Revolutionsromantik habe in den andern Ländern keinen Anhang. Vehl gelte es aufzubauen. Der soziale Aufbau könne jahrzehntelang dauern. Jedes Mittel, das die Kampftrakt der revolutionären Masse löst, die Einheitlich schädigt, den Finger verneimt, die Not steigert, ist reaktionär. Der technische Sozialismus müsse die Sozialisierung der Köpfe, der Herzen vorangehen. Die Arbeiter müßten sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß sie die Sozialisierung nicht schon am nächsten Sonntag verpirken. Wir brauchen noch bedeutend mehr Opfermut und Gemeinschaftsinn. Demokratische Pflicht sei vor allem, den Massen die Wahrheit zu sagen. Das werde der neue Verbandsvorstand noch sehr oft tun müssen. Der Redner schloß: „Meine Freunde sind fest entschlossen, mit dem neuen Vorlande zu arbeiten und alles zu tun, um den Verband zu stärken. Wir erwarten aber auch, daß unsere Mitarbeit, unser guter Wille nicht durch irgendwelche Maßnahmen, durch Verunglimpfung unserer Gesinnung erschwert wird; wir erwarten, daß mit dem Grundsatze: „Denke wie ich oder ältere und stirb“, gebrochen, daß mit den Maßregeln aufgehört wird.“

In der hierauf einleitenden Diskussion, die mit großer Leidenschaftlichkeit geführt wurde, kamen die beiderseitigen Redner abwechselnd zum Worte. Ein kommunistischer Vertreter (Müller (Bremen)) wies darauf hin, daß die Debatte eine erschreckende Unwissenheit über das Wesen des Sozialismus offenbarte. Dismann habe größten Beifall dann gefunden, wenn er am bürgerlichsten sprach. Karl Legien, als Vertreter des Gewerkschaftsbundes auf dem Verbandstag anwesend, wies u. a. darauf hin, daß man Revolutionären auch mit indifferenten Arbeitern führen könne, den Sozialismus aber könne man nur erkämpfen mit einer Arbeiterklasse, die gesund ist an Körper und Geist. Die sogenannte Kriegspolitik der Generalkommission sei nichts anderes als die Fortsetzung der jahrzehntelangen Politik der Gewerkschaften. Ohne diese Politik hätten wir keine Revolution. Zur Opposition gewendet,

führte Legien am Schluß aus: „Wenn Sie keine Politik, sondern gewerkschaftliche Arbeit leisten wollen, dann müssen Sie ebenso arbeiten wie der jetzige Vorstand. Nun Sie etwas anderes, dann ruinieren Sie Ihre Gewerkschaften und daran werden Ihre eignen Kollegen Sie hindern. Die Arbeitsgemeinschaften sind ebenfalls nur die Fortsetzung unserer bisherigen Politik. Heute ist es leicht zu streiken; die Klassen sind ja alle sehr gefällig. Wie lange haben wir aber vor 20 Jahren mit Frau und Kind hungern müssen, um einen Erfolg zu erringen? Ich sage noch einmal, die Kriegspolitik war die Fortsetzung unserer alten Gewerkschaftspolitik, nichts anderes; sie lag nicht im Interesse des Kapitalismus oder der damaligen Regierung, sondern im Interesse des Proletariats. Daran halten wir fest — auch in Zukunft.“

Am Schluß der Debatte las eine umfangreiche Resolution Dismann ein, die die Haltung und Politik der Generalkommission der Gewerkschaften und der leitenden Instanzen des Metallarbeiterverbandes verurteilt. Diese Politik lieh den Kampfcharakter der Gewerkschaften verschwinden und führte zu sogenannten Arbeitsgemeinschaften. Die verwerfliche Kriegspolitik der leitenden Gewerkschaftsinstanzen und Vorstände fände ihre logische Fortsetzung nach dem Tode der Revolution. Anstatt den revolutionären Kampf des Proletariats zu fördern, würde die Haltung der gleichen Gewerkschaftsinstanzen vielfach zu einem Hemmnisse des proletarischen Befreiungskampfes inmitten der Revolution. Der Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft müsse ein sozialistischer sein. In Konsequenz dessen habe sich die Politik des Verbandes auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes und des Rätesystems einzustellen, um den Kampf des Proletariats zum schnellen und sicheren Siege des Sozialismus zu führen, mündend in der siegreichen Weltrevolution des Proletariats. Innerhalb des Verbandes sollen die Mitglieder das weitestgehende Mitbestimmungsrecht erhalten. Über rein örtliche Angelegenheiten soll die Mitgliederpflicht allein entscheiden, desgleichen über die Verwendung örtlicher Ertragsbeiträge. Dort, wo das Vertreterprinzip durchgeführt ist, sollen die Mitglieder mindestens vierteljährlich Gelegenheit haben, die Vertreter zu den örtlichen Generalversammlungen zu bestimmen. Die Angehörigen der Organisationsstellen sollen jährlich einer Neuwahl zu unterliegen. Die Ortsverwaltungen bedürfen keiner Bestätigung durch den Vorstand.

Darauf erhielten die Referenten das Schlußwort. Sumner lehnte die Annahme der Resolution entschieden ab, während Dismann jedes Kompromiß verwarf, um die Meinung des Verbandsstages unzweideutig zum Ausdruck zu bringen. Reichel verteidigte nochmals die Handlungsweise des Vorstandes und teilte im Verlaufe seiner Ausführungen mit, daß Alexander Schläche als Verbandsvorsitzender zurückgetreten sei. Aus unbekanntem Gründen habe sich Schläche nicht persönlich von der Generalversammlung verabschiedet, sondern durch ein Schreiben, dessen Inhalt verlesen wurde. Den herzlichsten Dankesworten Reichels für Schläches 28jährige unermüdete Wirksamkeit schlossen sich auch Brandes und Dismann an, die Verdienste des scheidenden Vorsitzenden um den Verband durchaus anerkennend!

Am sechsten Verhandlungstage befaßte sich der Verbandstag in dem von uns schon eingangs gekennzeichneten ablehnenden Sinne mit der Arbeitsgemeinschaft und weiterhin mit den zukünftigen Aufgaben der Organisation. Jerniche (Stuttgart) vom Vorlande verwarf als Referent das Rätesystem und führte aus, es sei falsch, zu behaupten, die Arbeitsgemeinschaft verbinde den Klassenkampf. Sie sei eine logische Entwicklung der Tarifvertragspolitik und daher ein Mittel, die gegenwärtigen Kämpfe durchzuführen. Der Korreferent zur Frage der Arbeitsgemeinschaft, Richard Müller (Berlin), vertrat dagegen den Standpunkt, daß die Gewerkschaften sich des Klassenkampfcharakters entleeren, wenn sie mit Unternehmern in ein schieblich-friedliches Verhältnis treten. Die von ihm vorgelegte Resolution forderte den Umbau der Organisation zu einer Kampforaganisation. Mit 194 gegen 124 Stimmen wurde sie angenommen. Desgleichen auch die weiter oben sinngemäß wiedergegebene Resolution Dismann.

Die ausgedehnte Behandlung der beiden Hauptstreitpunkte erfolgte auf Kosten desjenigen Beratungsmaterials, das nach unserer Auffassung von der Tätigkeit einer Verbandsgeneralversammlung mindestens die gleiche Bedeutung hat wie der Bericht des Vorstandes über dessen zurückliegende Tätigkeit. Nicht weniger als 375 Anträge lagen zur Spezialberatung vor. Naturgemäß mußte die Hauptarbeit in Kommissionen verrichtet werden. Der weitaus größte Teil der zum Vorstandsberichte gestellten Anträge wurde dem neuen Vorlande zur Berücksichtigung überwiesen. Ein Antrag Stensburg auf Sperrung der Beiträge an die Generalkommission wurde mit harter Mehrheit abgelehnt. Bei der Festlegung der Erwerbslosenunterstützung kam es zu lebhaften Aussprachen. Die Mehrheit wollte gemäß den Forderungen auf Abbau der Unterstützungsleistungen auch die Erwerbslosenunterstützung nicht erhöhen, wogegen die Minderheit protestierte. In namentlicher Abstimmung wurde die Erhöhung abgelehnt. Das gleiche Schicksal traf die Krankenunterstützung. Das Sterbegeld wurde in Klasse 1 festgesetzt auf 60 Mk. nach 52, steigend auf 200 Mk. nach 572 Beitragswochen. Vom Parlament erwartet man die Herabsetzung der Altersgrenze zum Bezuge der Altersrente auf 60 Jahre, und von der Regierung wird eine weitere Ausgestaltung der Krankenfürsorge gefordert.

Beschlossen wurde weiter, eine Erhöhung der Beiträge von 70 Pf. auf 1,20 Mk. wöchentlich, die fast ausschließlich dem Streik als revolutionärem Kampfmittel zugute kommen soll. Unter dem Punkt „Erledigung verschiedener

Verbandsangelegenheiten“ wurden auf Vorschlag der Rechnungskommission die Gehälter sämtlicher Angestellten, zum Teil um die Hälfte, erhöht.

Bei den Wahlen zum Vorlande bejammerte sich die Mehrheit schlauberweise auf die Wahrung des Verhältnisprinzips, wohl weil man befürchtete, daß ohne die Hilfe der allen eingearbeiteten Vorstandsmitglieder — namentlich des Hauptkassiers — der Gewerkschaftskarren nur so eber festfahren würde. Infolgedessen wurden die Vertreter der Minderheit bei der Wahl zu einem Drittel berücksichtigt. Die beiden bisherigen Redakteure (Schubmann vorläufig auf das tote Geis. Der ältere von ihnen wurde mit der Abfassung der Geschichte des Verbandes beauftragt, und der jüngere soll sich im literarischen Bureau nützlich machen. Als erster Vorsitzender wurde Brandes (Magdeburg), als zweiter Dismann (Frankfurt a. M.) und als dritter Reichel (Stuttgart) gewählt. Als Sekretäre wurden neugewählt Koss (Berlin), Schlieffebdt (Kempten), Siedert (Hamburg), ferner der selbstberige Sekretär Jerniche; als Hauptkassierer Werner (vom alten Vorlande) und Schäfer (Leipzig) als zweiter Kassierer. Als Redakteure erstellten Müller (Berlin) und Haase (Aix) und als Ausschubvorsitzende Lang und Baumann (Frankfurt a. M.) die überwiegende Mehrheit.

Die alten Gewerkschaftsbezirke sind gestürzt, es leben die neuen Bezirke! Die letzteren haben die letzte Stellung der Kritiker der alten „antirevolutionären“ Taktik eingetauscht gegen die schwieriger Stellung der für die neue „revolutionäre“ Taktik Verantwortlichen. Nun heißt es für sie: Worte sind gut, aber Taten sind besser! Jetzt müssen sie zeigen, ob sie imstande sind, das Versprochene auch zu erfüllen, nämlich das Verbandsziel schneller und geradliniger dem gesuchten Ziel entgegenzuführen. Es war recht bezweifelnd, daß ein kommunistischer Delegierter der Minderheit empfahl, der Opposition alle Sitze zu überlassen, da sie dann ja zu beweisen habe, ob sie imstande sei, die vielen Versprechungen zu erfüllen, während ein anderer Kommunist der Opposition eine „Grabrede“ hielt, in der er ihr prophezeigte, sie werde zugrunde gehen an den vielen Mißgeschickeln, die sie auf dem Verbandstage gelchndet habe.

Die Minderheit hat versprochen, allen Angehörigen zum Trost an der Bewältigung der Verbandsaufgaben getreulich mitzuarbeiten. Und doch es ihr damit ernst ist, das hat die verständige Haltung der Minderheit in der kritischsten Stunde des Verbandstages bewiesen, als die Gefahr des Auseinanderfallens drohte. Gelingt es, beide Richtungen des Metallarbeiterverbandes in kollegialer Zusammenarbeit zu vereinen, dann wird die Gesamtheit der Mitglieder nur Vorteil davon haben, und das Schlimmste, der Zerfall der Organisation, kann verhütet werden. Ungünstig genug lauten freilich die Prognostiken, die aus den eignen Reihen und von Fernstehenden gestellt werden. So spricht z. B. Richard Calmer, der bekannte Volkswirtschaftler und gute Kenner der Gewerkschaftsbewegung, seine Betrachtung der Metallarbeiterlagung sehr pessimistisch also ab:

Man lasse bei der Beurteilung der Differenzen innerhalb der Arbeiterklasse nicht die volkswirtschaftliche Entwicklung außer acht, von der der Verlauf und die Kraft der gewerkschaftlichen Bewegung abhängig ist. Diese Entwicklung gestaltet sich aber nach allem, was wir wissen und vermuten können, so bedenklich für die gewerkschaftliche Bewegung, daß nur bei größter Einheit und Selbstbeherrschung der Arbeiterklasse die Errungenschaften aus früherer Zeit in die Zukunft hätten hinübergerettet werden können. Zerstreuen sich aber die Arbeiter gegenseitig, treiben sie mit den Produktionsmitteln Mißbrauch, wie es die Kapitalisten und ihre bestellten Leiter der Unternehmungen nie getan haben und nie getan haben würden, dann werden die Arbeiter ihre gewerkschaftlichen Errungenschaften in der Hauptsache samt und sonders verlieren; sie werden auf ein wirtschaftliches und soziales Niveau heruntersinken, wie es in keinem andern Lande so niedrig sein wird. Schon heute liegen die Verhältnisse so, daß man bereits mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit diese Prognose stellen muß. Und wer weiß, vielleicht sind die Zerlegungsergebnisse innerhalb der Gewerkschaft nichts anderes als ein Ausdruck der wirtschaftlichen Kräfte, die das wirtschaftliche Geistes der deutschen Arbeiterbewegung herbeiführen müssen. Die Solidarität der Arbeiterklasse auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet ist auf alle Fälle schon durchbrochen und angesichts der wirtschaftlichen Gesamtlage mit ihrer Tendenz, die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkte bis zur Siegeshöhe zu verschärfen, vorläufig nicht mehr zu erneuern. Diese Konkurrenz vielmehr wird sich nicht früher legen, bis das wirtschaftliche Niveau der Arbeiterklasse auf dem von uns angezeigten Tiefstand angelangt sein wird.

Sachliche Kritik ist der Gewerkschaftsbewegung so notwendig wie das Salz der Suppe. Schädlich aber ist jene Kritik aus Prinzip, wie sie in Stuttgart hervortrat. Sie wirkt in hohem Grad organisationschädigend, vergrößert die Diskussion, verhindert die Klärung und fördert die Zerrissenheit. Insofern bildet die 14. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes ein weßhin erkennbares warnendes Beispiel für alle übrigen Verbände.

Schon beginnt die bessere Einsicht in Metallarbeiterkreisen einzutreten. Wie der „Vorwärts“ berichtet, ist bei den Nürnberger Metallarbeitern, deren Delegierter zum Stuttgarter Verbandstage lauter Unklarheiten waren, ein völliger Umwandel eingetreten. Die Generalversammlung am letzten Sonntag wählte nicht einen einzigen Anhänger der unabhängigen Richtung, sondern beauftragte mit großer Mehrheit die alte Verwaltung. Ein bedeutungsvoller Anfang und ein vielversprechendes Zeichen dafür, daß schließlich doch der gesunde Menschenverstand das Revolutionärste bleibt, was es gibt!